

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pr. Nummer 10 Pf.
Wochentlich 26 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Bedingungen
betragt für die sechsgepaltenen Kolonnen
jede ober deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Verträge

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 6. November 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Arbeiter, Handwerker, Parteigenossen!

Heute von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr finden die Stadtverordneten-Wahlen statt. Jedem von Euch sei es Ehrempfindung, der Socialdemokratie den Sieg zu sichern!

Lassalles Briefe an Marx.

In rascher Aufeinanderfolge wird uns in der letzten Zeit eine Reihe höchst wichtiger Veröffentlichungen geboten. Nach dem ersten Bande des Marx'schen Nachlasses haben wir nun eine gleichfalls von Marx herausgegebene Sammlung Lassalle'scher Briefe an Marx vor uns, aus denen die Gestalt des politischen Schöpfers der deutschen Arbeiterbewegung in mancher Beziehung ebenso deutlich hervortritt, wie aus dem ersten Bande die Gestalt ihres theoretischen Schöpfers.

Mein lieber Marx!

Verzeih, wenn ich Dein letztes Schreiben so lange unbeantwortet ließ, aber eine sorgfältige Rot- und Angstarbeit, im juristischen Stoff noch dazu, und die dadurch erregte Verdrücktheit hielten mich davon ab.

Jetzt, wo ich mit dem Dred bald fertig sein werde, atme ich ein wenig auf und bin von meiner Verstimmlung wenigstens hinlänglich befreit, um schreiben zu können.

Wenn Dir mein letzter Brief den Eindruck gemacht hat, als sei ich durch die Erfolge der Konterrevolution betäubt, so hast Du ihn falsch aufgefaßt, oder ich habe vielleicht zu leidenschaftlich geschrieben. In einem wirklichen Erfolg der Konterrevolution habe ich keinen Augenblick geglaubt. Vom weltgeschichtlichen Standpunkt ist es leicht zu sehen, daß dies gewalttätige Auslösen der Konterrevolutionären Flamme nur ihren eignen letzten Lebenshauch aufkonsumiert und uns zugleich den unschätzbaren Dienst erweist, unsere eigne Partei von allerlei schlammigen Anschauungen und Vorurteilen zu reinigen. Aber so sicher wie das auch ist, wo lebt der gewaltige Redner, der auszurechnen vermag, daß diese Wirtschaft nicht noch zwei Jahre dauern könnte? Hundert Jahre sind, nach dem Weltplan, vor Gott wie ein Augenblick. Demnach sind zwei Jahre vor der Weltgeschichte gewiß nur wie ein Tag. Aber für einen vorgehabenen Posten, der in das höchste Geschick geraten und von seinen Feinden abgeschnitten ist, und einen solchen Tag lang warten muß, daß ihn das nachrückende Hauptheer aus dem mordbegierigen Arme seiner Feinde reiße — für den ist ein solcher zweijähriger Tag verflucht lang! Ich aber habe ganz die Stellung eines solchen verlorenen Postens. Das Gift und die Walle, die mir unrete trefflichen Richterkollegen täglich in den Abgründen des Parteilebens durch ihre lieblichen Entscheidungen in mich hineinzufressen geben, muß mich, wenn diese Fütterung noch ein bis zwei Jahre dauert, verbottenes spielen machen. Jeder in Deutschland lebende rote Demokrat erfährt doch nur einmal, was es auf sich hat, ein Koter zu sein. Er wird abgefeuert oder gefangen genommen oder brotlos gemacht oder vernichtet. Wir aber werden im eigentlichen Sinne des Wortes vernichtet. Heute schneidet man uns eine Kalle ab, morgen ein Ohr, übermorgen ein Bein etc., und vor allem schneiden uns die Herren Richter, wie eine zermürdete Stadt, von allem Lebensproviand ab! Unre Stellung, unreine zahllosen Prozesse an zahllosen Gerichtshöfen machen es möglich, daß wir alles der Demokratie widerfahren und noch widerstehende Unglück, was sich bei den übrigen auf viele Tausend repartiert, so daß es für jeden eine noch ertragbare Summe abwirft, in unserer einzigen Person resumieren. Das ist sehr ehrenvoll, für einen Dichter der Voeste des Leidens ein höchst interessanter Stoff, ein neues Christungsgeheimnis, welches alles Leiden des Menschengeschlechts in seine einzelne Person laugentriert; — aber es ist sehr anstrengend! Und darum laufe ich vor Gift und Walle über und habe Dir hiermit hinreichend erklärt, warum alle meine Briefe, dagewesene und kommende, einer ausnahmsweise starken gässigen Ruchgeschmack haben werden und müssen.

Meine Ansichten über Ungarn stimmen ganz mit den Deinen, doch ziehe ich daraus einen vielleicht verschiedenen Schluss. Ungarn hatte mehr, als bald ein Land, Chance, den Kampf glücklich zu vollenden. Unter andren Gründen eben auch deswegen, weil die Parteien dort noch nicht zu der bestimmten Trennung, zu dem scharfen Gegenfasse gekommen waren wie in Westeuropa, weil die Revolution dort noch wesentlich in die Form eines nationalen Unabhängigkeitskampfes eingekleidet war. Dennoch unterlag Ungarn und zwar gerade durch den Verrat der nationalen Partei. Daraus habe ich — in Verbindung mit der Geschichte Deutschlands von 1848 und 1849 — die unerklärliche Lehre gezogen, daß kein Kampf mehr in Europa glücken kann, der nicht von vornherein ein prononciert rein socialistischer ist; daß kein Kampf mehr glücken wird, der die socialen Fragen bloß als dunkles Element, als an sich stehenden Untergrund in sich trägt und äußerlich in der Form einer nationalen Erhebung oder des Bourgeois-Republikanismus auftritt; daß kein Kampf glücken kann, der nicht von vornherein, wie im Juni 1848, „Arbeit oder Tod“ ohne jeden weiteren Beisatz zu seiner ausgesprochenen Parole macht. — Dies ist von der einen

Seite zwar eine sehr angenehme Ueberzeugung, indem wir dadurch der Niederträchtigkeit einer Bourgeois-Herrschaft entgegen. Andererseits aber fragt es sich, wird Deutschland so bald die Kraft haben, eine rein rote Schilderhebung siegreich zu machen? Ist der Socialismus in Deutschland schon eine hinlängliche Macht, um so bald für sich allein und ohne jede Verhüllung in rein republikanischen Enthusiasmus das Schwert von der Wand reißen zu können? Hätte man es mit Deutschland allein zu thun, so würde die Frage gewiß traurig und verneinend beantwortet werden müssen. Glücklicherweise haben wir Frankreich! Du schreibst, Du erwartest mit Sicherheit im nächsten Frühjahr in Paris die Erhebung. Als Quelle dienen Dir dabei die französischen réfugiés. Aber aus einem Briefe Dronkes, den ich soeben erhalten und der mit manchem andern übereinstimmt, höre ich, daß die französischen Arbeiter sehr abwärts sind (was ich nicht glaube) und daß (was ich sehr glaube) die Arbeiter jedes und alles Vertrauen zu der Montagne wegen des schänderhaften und eckeligen Benehmens derselben am 13. Juni verloren haben. So berechtigt dies ist, würde es doch jedenfalls, zumal da die Führer der geheimen Gesellschaften einwillen im Mont St. Michel versorgt sind, auf eine Schilderhebung verlaugsamend einwirken. Und es ist sehr möglich, daß die französischen réfugiés in London, Leiden etc. sich Illusionen über die Stimmung der Arbeiter gegen sie machen und darüber nicht recht unterrichtet sind.

Dennoch glaube ich allerdings, daß im Frühjahr oder Sommer 1850 die Revolution in Frankreich eskalieren wird. Meine Gründe hierfür sind erstens das ganz ungläubliche Umsichgreifen des Socialismus in Frankreich (in dem legitimistischen Departement de la Gironde hat Lagarde 88 000 Stimmen geholt) und der jetzt offen ausgebrochene Konflikt zwischen Napoleon und der Linken einerseits mit der gesammten Rechten andererseits bei Gelegenheit der römischen Frage. Das Votieren des Kredits hat die Frage durchaus nicht gelöst oder beseitigt. Sie ist nur auf sehr kurze Zeit vertagt worden. Das Votieren des Kredits hat überdies durchaus nicht die Bedeutung, die das „Journal des Debats“ etc. diesem Faktum geben will. Indem Edilon Varrot, obwohl mit seiner gewohnten verästelten Zweideutigkeit, den Brief des Präsidenten deckte, indem er erklärte, er werde „mit Entschiedenheit“ auf der Annahme beharren, indem er vorzüglich die Frage so stellte: „Wer will die im Brief des Präsidenten und den ministeriellen Depeschen enthaltene Politik wahren, solle für den Kredit stimmen, wer gegen den Brief des Präsidenten, dagegen“, hat er der Linken nicht nur möglich gemacht, für den Kredit zu stimmen, sondern sie halb und halb dazu sogar gezwungen. Denn stimmte sie dagegen, so müßte man fautes Argent das Heer aus Rom zurückziehen, und gerade die liberale Partei verlor dadurch ihren Arm in Rom. So erklären denn auch Vigio und andre weiße Republikaner, daß sie bloß angesichts jener Erklärung, „für den Brief des Präsidenten sei für den Kredit“, für letzteren votiert hätten. Gegen ihn konnte nur die Montagne votieren in der Absicht, dadurch unmittelbar Staatskrise, Staatsstreik und Straßenkampf zu provozieren, und die äußerste Rechte, von dem Prinzip aus, daß da der Papst souverän und Rom erdacht sei, das französische Heer dort überflüssig wäre. Indem Edilon Varrot seine Versprechungen gab, lebt diese Frage nächstens wieder auf, wenn der Papst ungezügelt bleibt und die Frage dann aus dem Saal muß. Dagegen aber ist der Gewinn dieser Debatte durch den offenen Bruch, in den Napoleon und die Rechte getreten sind. Napoleon hat gesehen, daß ihn die Rechte beseitigen will, und er muß sie daher früher oder später attackieren. Oder wenn auch dieses Wondertal so feig dazu ist, so hat doch die Rechte gesehen, daß sie ihn gewaltlosam stützen muß, und wird das in ihrem Kampferausch mit nächstem versuchen. Wie übermäßig diese Partei ist, zeigt sich durch den Anfang der Rede Montalemberts, die, so viel ich weiß, beispiellos in den Annalen parlamentarischer Debatten in Frankreich ist.

Die englische Handelskrise, die Du annonciert, begrüße ich mit Freuden. Wenn ihr Eintritt nur recht sicher und nahe ist! Denn bisher pflegten sie sich nicht gar so schnell auf einander zu folgen. Der fatalistische Hyklus von vier bis fünf Jahren, der immer dazwischen durchlaufen sein mußte, ist noch nicht vorüber. Doch ist es nur naturgemäß, wenn diese Krisen, wie sie immer heftiger und gewalttätiger werden, auch in immer schnelleren Schwingungen, in immer kürzeren Zwischenräumen einander zu folgen anfangen. — Im Vergleichen ist gute Zeit für die Fabriken, die Fabrikanten können kaum den Vorkesseln nachkommen; auch am Rhein ist es ähnlich; in Paris auch, wie ich höre. Rathlos beschleunigt das wieder mit immanenter Notwendigkeit die Krise.

Jetzt habe ich genug geschwätzt. Kommst Du viel mit Adru Rollin, Louis Blanc zusammen? Schreibe mir doch gefälligst über diese und andre berühmte Personen, was in der Nähe von ihnen zu halten ist. Du bist viel mit Blind? Was ist an ihm? Du, Glücklicher, hast doch noch wenigstens in London einige Menschen, mit denen man umgehen kann. Aber hier! Was die Walle noch reichlich vermehrt, ist die ärmere Misere, in der alle ordentlichen Menschen sich befinden, und die innere Misere der Pseudodemokraten, die sich in den Restern der Demokratie ihr warmes Lager aufgeschlagen haben, und weil sie wie Leichenscheine auf dem Grabe großer Männer liegen, sich für deren Nachfolger halten. So wirtschaftet Weder und die „Westdeutsche Zeitung“ in Deinem Rest, daß es eine Schande ist! Weder hat Zellerling, der den Verlust machte, seine Zeitung zu haben, exploitiert, denunziert und wirklich auf die schouderhasteste Weise inaktiviert und maltrattiert. Dronke würde auch noch Köln kommen an die „Westdeutsche Zeitung“, doch will er es nicht, und mit Recht, unter Weders Redaktion.

A propos. Bald hätte ich das Wichtigste vergessen: Wie ist's mit Deiner politisch-ökonomischen Revue? Hat sie angefangen? Wird sie anfangen? Warum hast Du noch keinen Prospektus hergeschickt? Ich habe wenigstens noch keinen gesehen. Zellerling wird nächstens gewiß nach London gehen und bringt Dir dann viele Grüße von mir.

Grüße Beerth tausendmal, sage ihm, ich hätte mich über seinen herrlichen Brief sehr gefreut und würde ihm nächstens schreiben. Aber Unrecht war es, daß er zu seinem Prozeß nicht kam. Die Sache wird sich sehr schwer, ohne übermäßige Geldopfer zu riskieren (eine Kaution von 500 Thalern circa), an den Kassationshof bringen lassen. Doch habe ich Hogen vorgerichtet ausführlich geschrieben, und wenn er, wie ich nicht zweifle, meine Aufträge pünktlich ausführt, ist ein Erfolg ohne großes Risiko vielleicht noch noch möglich; aber sehr schwer.

Empfiele mich Deiner Frau, die wohl jetzt hoffentlich wieder hergestellt sein wird, vielmal. Die Gräfin, Paul, Kästgers grüßen Dich und Deine Frau tausendmal und wünschen sehr, Euch wieder hier zu sehen. Antworte bald.

Deinem F. Lassalle.
Düsseldorf, 24. Oktober 1849.

Düsseldorf, Freitag, 12. Dezember 1851.

Lieber Marx!
Wenn die Aeußerung, die ich in meinem Briefe an Freiligrath machte, Veranlassung war, daß Du mir wieder einmal schreibst, so freut es mich sehr, sie gemacht zu haben. Worauf sich aber jene Anspielung bezog? Man hat Dir Aeußerungen in den Mund gelegt, die mich allerdings verlegen müßten, von denen ich aber, wenn ich nicht irre, schon in dem Briefe an Freiligrath bemerkte, daß ich sie gleich für erlogen gehalten habe. Das nähere des Tratsches schriftlich wieder geben zu müssen, wäre mir unangenehm langweilig, ja kaum möglich. Wenn wir mal in London oder Köln zusammensitzen, will ich es Dir ganz umständlich erzählen. Bis dahin begnüge Dich zu wissen, daß ich die Geschichte für erlogen, und mein Verhältnis zu Dir unverändert als daselbe betrachte, wie es je gewesen. Daß Dich also nicht länger abhalten, mir in Bezug auf Deine Privatangelegenheiten Mittheilung zu machen. In meiner Bereitwilligkeit jedenfalls soll's nicht fehlen, sobald die Ereignisse in Frankreich auf den von mir an Freiligrath mitgetheilten Plan (wegen des Verlags Deines Werkes) jedenfalls sehr erweiternd wirken müssen.

Auf Deinen gestrichelten Brief in ähnlicher Weise zu antworten, fehlt mir die Stimmung. Und mit einem dolträren möchte ich Dich nicht gern langweilen. Lachen müßte ich über Deinen Vergleichen mit Kallek, wegen des sich darin ausbrechenden Zusammenstreffens unzer Einflüsse. Denn Kallek war das erste Wort, womit ich die Nachricht kommentierte. Aber das will ich bemerken, daß keineswegs der Weltgeist in E. in die Gefahr geraten ist, sich durch diese Affaire in den Augen des alten Gezel zu Louis promittieren. Sie lag mir schon vier Wochen, ehe sie eskalierte, in allen Gliedern. Als bei Gelegenheit der Debatte über den Quästorenantrag die Rechte eintrat, die Montagne wurde negativ votieren, und so den Antrag zur Verwerfung bringen, sagte ich zu einigen Bekannten: „Wenn jetzt Napoleon innerlich vier Wochen die Versammlung unter Wiederherstellung des allgemeinen Stimmrechts und scheinbarer Verfassung aus dem Fenster hinauswürft, so wird er siegen. Das Proletariat, niedergehalten durch die Situation, wird nicht einmal aufstehen.“

Aber die ganze immense Bedeutung des Ereignisses wurde mir erst klar, als es vollbracht war. Zwei Josta treten bei demselben vor allem in den Vordergrund: die Arbeiter haben sich beim Aufstand nicht beteiligt, und die Pariser Nationalgarde ist gar nicht auf der Bühne erschienen.

Ich teile nicht Deine Ansicht, daß das Pariser Proletariat zu schwach war, den Kampf zu bestehen. Erhöht es sich, so hätte es wohl gekonnt, und alles, was wir jetzt schon aus den Provinzen wissen, bestätigt dies. Doch es sich nicht erhob, erklärt sich mir aus der Situation. Eine Versammlung war gesprengt, die der Gegenstand der Arbeiterhoffen par excellence gewesen war, die das allgemeine Stimmrecht vernichtet hatte. Das allgemeine Stimmrecht selbst war hergestellt. In diesen Ereignissen lag nicht, was einen Aufstand des Proletariats hervorrufen konnte. Die sich auch kein Arbeiter über die Motive und Absichten Napoleons täuschen, so fehlte doch ihrem Vorwurf der Stachel, dem Zustand der Schlachtruf. Sie konnten zuhören. — Verwunderlicher könnte die Nichtbeteiligung der Nationalgarde, ja ihr teilweises Auftreten für N. Napoleon erscheinen. Denn gerade die politische und parlamentarische Herrschaft der Bourgeoisie war zum Fenster hinausgeworfen, mit allen ihren sechzigjährigen Traditionen rücksichtslos gebrochen. Aber die Furcht, aus dem Kampfe den Sieg der Socialen Republik erstehen zu sehen, ließ sie das Ungeheure tragen. Die französische Bourgeoisie abdiert ihrer politischen Herrschaft, für die sie sechzig Jahre gestritten und drei Könige besetzt hat. Sie abdiert derselben, weil sie erkennt und erklärt, daß das Fortbestehen ihrer wirtschaftlichen Institutionen nur noch unter der Diktatur des Militärdespotismus möglich sei! Das ist die Bedeutung jener Tage: negativ und positiv hat der Socialismus den Sieg vom 2.-5. Dezember gemacht. Negativ — indem die einzige, des Sieges fähige, die sociale Partei, sich nicht erhob; positiv, indem aus Furcht vor dem Socialismus die Bourgeoisie sich für ihre eigne Erniedrigung und Vernichtung entkuschelte! So sind diese Ereignisse nichts als die ungeheueren Bindungen der Gesellschaft gegen ihre hereinbrechendes Schicksal; nichts als die Offenbarung, daß dieses Schicksal, der Socialismus, schon heute ist, wenn auch noch negativ, bestimmendes Wesen sei. — Der Kreislauf der Ereignisse ist vollbracht. Die unerbittliche Konsequenz des Zunftsieges war die Aushebung des allgemeinen Stimmrechts und die Erinnung von beidem ist der 2. Dezember. Und mit dem 2. Dezember ist die Gesellschaft hartnäckig vor dem Abgrund der neuen proletarischen Revolution angelangt. Schon seh' ich sie stürzen.

Verwunderlich allein ist die unvergleichliche Stupidität der Bourgeoisie, mit der sie ihren Totenkörper für einen Lebensversicherungszettel hält! Die fünfprozentige ist fast auf 97 gefallen! Sie ist eine reichere Erbschaft angeerbt worden, als der 2. Dezember der Partei des Proletariats sichert! Was die Theorie von der Teilung der Gewalten, was eine Exekutive in bisherigen

*) Aus dem literarischen Nachlaß von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle. Herausgegeben von Franz Mehring, Dietrich Wand: Briefe von Ferdinand Lassalle an Karl Marx und Friedrich Engels 1849-1862. Stuttgart, Verlag von J. G. B. Dietz, XVI. und 368 Seiten groß Oktav. Preis broschiert 5 M., gebunden in engl. Leinwand 6,50 M.

Sinn, was die Befegung der Kemer durch die Regierung, was eine Armee sei — alles das ist selbst den bürgerlichen Demokraten jetzt klar geworden, daß ihnen die Augen überlaufen, so scharf ist das Licht!

Seine Schandenfreude über die Vernichtung oder vielmehr die Nichtigkeit, die sich nur gelegentlich offenbart hat, aller Faktionen der konservativen Partei, teile ich vollkommen: Thiers, Ferry, Barrot, Cambagne, Changanier, alle mitammen durch ein paar Sergeanten besiegt, ohne daß ein Hahn danach kräht! Es kann keine löstliche Ironie erdummen werden auf die gepreizte Wichtigkeit, welche sich diese lang verfaulenden Parteien noch immer beinaßen.

Der alte Hegel pflegte zu sagen: Unmittelbar ehe ein qualitativ Neues auftritt, faßt sich der alte qualitative Zustand, alle seine markierten Differenzen und Besonderheiten, die er, so lange er lebensfähig war, gesetzt hat, wieder aufhebend und in sich zurücknehmend, in sein rein allgemeines ursprüngliches Wesen, in seine einfache Totalität zusammen. So ehe der Absolutismus auftritt, faßt sich der religiöse Geist unmittelbar in das allgemeine Wesen der verschiedenen Religionen, in die einfache Leerheit des Deismus zusammen. — Das Geleß bewährt sich. In ihrem letzten Todesstöße faßt sich das Bourgeoisystem und der Privaterewerb in die einfache Allgemeinheit aller ihrer Faktionen, in den Militarbesitzstand und die Gewaltverhältnisse zusammen.

Während sein Dasein, mit dem er sich beständig verwechselt, eine eminent revolutionäre Sendung hatte, und der Mann aller Interessen war, während er in den Händen der Demokraten und Bauern den durch die Revolution erworbenen Grundbesitz konsolidierte, während er erst, durch Pünktigkeit der revolutionären Stürme, der französischen Bourgeoisie die Möglichkeit gab, von der in der französischen Revolution durch die freie Konkurrenz erworbenen Produktionsfreiheit Gebrauch zu machen, während er im ganzen Kontinent die feudale Gesellschaft zerschlug, und direkt oder indirekt die bürgerliche Gesellschaft an ihre Stelle setzte, während er so der wirkliche Abschluß und Befestiger der revolutionären Ideen von 1789 war, ist dieser Löpel nichts als das leer-allgemeine Wesen der sterbenden Reaktion.

Ob dieses Interimistum lange dauern wird? Ich kann ihm jedenfalls nur sehr, sehr kurze Dauer zugesprechen. Wie habe ich größere Gedankenschärfen in einem Menschen gesehen, und wie größere Unmöglichkeit in einer Situation, durch einen positiven Inhalt irgendwie zu existieren. Von der einen Seite stellt er das allgemeine Wohlrecht her, den Ausbruch einer Gesellschaft, die sich als eine Gemeinschaft von ununterschiedenen Rechtsgleichen anerkennt. Von der andern Seite will er ein Zweiklassen-System, den Ausbruch einer Gesellschaft, die sich als Klassen von Unterschiedenen und Rechtsgleichen, deren besondere Interessen besondere Vertretung erfordern, aufstellt. Nach beiden Seiten beständig Ohrfeigen austeilend, werden sie ihm schnell genug von allen Seiten rüchströmen. Alles was politisch remuant ist in der Bourgeoisie, wird er bald genug gegen sich haben, nur mit dem Unterschied, daß diese nie mehr als besondere lebensfähige Partei, sondern nur noch als Schwanz der Arbeiterpartei wirken und deren Röhren verstärken werden. Selbst die Armee wird er nicht lange für sich haben, denn der Kerne kann ihnen nicht wie sein Rhein einen Kontinentalkrieg und damit rheinische Domänen, Markschallstäbe und Königskronen geben, was sie sich vielleicht von ihm versprechen. Mit Recht erinnert Du an die unvermeidliche Plünderung des Staatskassens, die übrigens so nutzlos wie unvermeidlich sein wird. Denn schon seit vier Jahren kann der Staat nicht mehr der dette flottante begegnen, die sich unvermeidlich sofort zur konjunkturierten umwandeln und zur Verzinsung neue Steuern hervorrufen muß, was im laufigsten Gegenstand dazu steht, daß der Löpel, um sich populär zu machen, einige unpopuläre Steuern sicher ablassen wird oder wollen wird. So herrscht Verwirrung an allen Ecken, bis er, seine Stellung zu den Arbeitern immer deutlicher bezeichnend, das Getraue des nahen Tages erlebt, wo sich das Proletariat mit offenem Bistri gegen ihn erhebt. — Seine Herrschaft wird jedenfalls nur nach Monaten berechnet werden. Er wird dadurch so schnell fallen, wodurch er sich allein erheben, nämlich dadurch, daß er so absolut nichts, die personifizierte Leerheit ist. —

Erfreulich übrigens ist es, daß die Vorfälle in den Provinzen zeigen, daß doch gerade die Bauern, mehr als man gedacht, vom Sozialismus angegriffen sind.

Ade

Dein J. Lassalle.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 5. November.

Dem Bundesrat ist der Entwurf einer kaiserlichen Verordnung zugegangen, durch welche verfügt werden soll, daß das Geleß über die privaten Versicherungsunternehmungen vom 12. Mai 1901 mit dem 1. Januar 1902 in vollem Umfang in Kraft tritt. Im betreffenden Geleß ist dieser Zeitpunkt einer unter Zustimmung des Bundesrats zu erlassenden kaiserlichen Verordnung vorbehalten. —

Eine entsetzliche Nachricht verbreitet die „Köln. Jg.“: Herr v. Frege, konservativer und niemals erblaffender Vizepräsident des Reichstages, soll den Entschluß befaßt haben, nicht länger im Reichstagspräsidium zu verbleiben.

Ärztet die konservative Partei, die Genialität ihres Vizepräsidenten werde für die konservative Jollobstruktion nicht mehr ausreichen?

Die konservative Partei sollte eilen, ihren Vizepräsidenten von dem heillosen Entschluß zurückzubringen. Wie will sie die außerordentliche Unterstützung ertheilen, die Herr v. Frege ihren zollpolitischen Obstruktionsplänen leisten würde? —

Das Offiziers-Duell in Jasterburg. Der eine der Duellanten, Lieutenant Waszkow, ist der im Duell — worüber wir gestern berichteten — davongetragenen Verletzung erlegen. Ueber die Vorgeschichte des blutigen Zweikampfes erzählt die „Ostdeutsche Volkszeitung“, daß hier lediglich der Alkohol wieder sein Spiel getrieben hat. Lieutenant Waszkow hatte am letzten Donnerstagabend zuerst im Kasino und dann im Hotel „Königlicher Hof“ „des Guten“ zu viel zu sich genommen und sollte deshalb von einigen Kameraden, unter denen sich Oberleutnant Hildebrand befand, nach Hause geleitet werden. Dem widersetzte er sich und vergaß sich in seinem Zustande so weit, daß er gegen seine Begleiter thätlich wurde. Diesen blieb danach nichts andres übrig, als den Vorgang dienstlich zu melden. Das Ehrengericht trat zusammen und erklärte den Jvorkampf für unvermeidlich, während Lieutenant Waszkow am selben Morgen zu seiner Frau nach Deutsch-Eylau gefahren war, angeblich in völliger Unkenntnis dessen, was er im Kaufe begangen. Den Vorkampfbereitungen machte in tragischer Weise das Telegramm ein Ende, welches ihn nach Jasterburg zurückrief. Es schwebte noch eine zweite Forderung gegen ihn.

Das „Ehrengericht“ hat also wiederum, anstatt das Duell zu bekämpfen, es vielmehr den Offizieren geradezu aufgebietet. Solange das Jvorkampfbereitungen nicht nur geduldet, sondern selbst von höchsten Stellen sanktioniert wird, ist eine Ausrottung des Duellwesens nicht zu erwarten. —

Die China-Debatte in der bayerischen Kammer

wurde am Dienstag fortgesetzt.

Cassellmann (liberal) führte aus, die staatsrechtlichen Bedenken gegen die Ausrüstung der China-Expedition ohne die vorherige Bestätigung des Reichstages wären seiner Zeit vollumfänglich geltend gemacht worden. Nachdem aber durch den Reichstag selbst Inkenntnis erteilt sei, sei diese Angelegenheit auch für Bayern erledigt. Das Verhalten der deutschen Soldaten in China sei unsterblich gewesen. Weber die Vermählung des Chamberlains, der es gewagt habe, die in Südafrika begangenen Schändlichkeiten mit der deutschen Kriegsführung im Jahre 1870 zu vergleichen, noch die Angriffe von sozialdemokratischer Seite seien im stunde, das volle Vertrauen Deutschlands zu seinen Truppen zu erschüttern.

Geiger (Centrum) erklärte an, daß die Expedition gegen China und die Beteiligung bayerischer Truppen notwendig gewesen sei. Es wäre alles in Ordnung gewesen, wenn durch vorherige Bestätigung des Reichstages eine gesetzliche Grundlage geschaffen wäre. Daran hätte die bayerische Regierung hängen müssen. Auf den Generalparade, welcher der Reichstag dem Reichsminister erteilt habe, könne sich die bayerische Regierung nicht berufen.

Ministerpräsident Graf Traillheim verteidigte nachdrücklich das Vorgehen der Reichsregierung, welche vor der China-Expedition ihr Programm dem diplomatischen Ausschuss des Bundesrats vorgelegt habe. Niemals, auch nicht nachträglich im Reichstage, sei ein besseres Programm vorgeschlagen worden. Der diplomatische Ausschuss habe jenem Programm zugestimmt. Ueberhaupt seien während der ganzen China-Expedition die verbündeten Regierungen stets einig gewesen. Da der Reichstag nicht etwa durch Resolution dem Reichsminister von der persönlichen Verantwortung gegenüber dem Reichstag entlastet, sondern Inkenntnis in einem formellen Reichstage erteilt habe, seien alle Schritte der Reichsregierung, darunter auch die Mitwirkung der bayerischen Regierung, voll legitimiert und eine besondere Inkenntnis durch den bayerischen Landtag nicht erforderlich.

So wäre denn die China-Debatte in der bayerischen Kammer noch matter verlaufen, als die Inkenntnisposten im Reichstag. Während die Centrumsmehrheit noch einige blinde Schiffe abteuerten und ein wenig wegen der Unterdrückung Bayerns bei den Verfassungswidrigkeiten des China-Kreuzzuges räumten, im übrigen aber das Abenteuer als Kreuzzug vollumfänglich billigte, bemühte der letzte liberale Redner die Gelegenheit nur dazu, einen chauvinistischen Hymnus auf die Humanität des Humanismus anzustimmen!

Ein solches Verhalten fordert zu imperialistischen Unbesonnenheiten und zu künftigen Verfassungsverletzungen direkt heraus. —

Blamage auf Blamage zieht sich die schwäbische Bureaukratie in dem vor dem Verwaltungsgerichtshof verhandelten Bescheidverfahren gegen den Freiherrn v. Münch zu. Sie beschloß, ihn bei Antreffen in Jena von München zu stellen. Er wanderte jedoch aus, wurde preussischer Staatsbürger und führte Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof. Zu dieser Verhandlung suchte er freies Geleit nach, das ihm nur gewährt wurde, wenn er sich vor der Verhandlung in die Jenaer Anstalt Winnenhof begeben. Das lehnte er ab, kam aber trotzdem unerwartet und erreichte durch ein Geleit seines Vertreters Liebknecht beim Minister, daß er unter Verwahrung zweier Jenaer Wäcker im Hotel wohnen durfte. Am Schluß der dritten Sitzung am Freitag ließ plötzlich das Ministerium die Erklärung verlesen, daß Münch jetzt doch nach Winnenhof müsse und das freie Geleit erloschen sei — weil er in seinem Hotel einen Revolver hatte! Die Streiche sind bei uns im Schwang, sie sind bekannt im ganzen Reiche. —

Unsere Veröffentlichung des geheimen Gutachtens des Dresdener Polizeipräsidenten über den Nutzen städtischer Wärmehallen hat den angegriffenen Polizeipräsidenten veranlaßt, in dem Dresdener städtischen „Anzeiger“ zu erklären, daß sich sein Gutachten lediglich auf die Arbeitslosigkeit und Arbeitsverhältnisse des vorigen Winters bezog. Diese Mitteilung ist ungemein interessant. Im vorigen Winter war die Arbeitslosigkeit lange nicht so groß wie in dem jetzigen, weil damals die Krise erst ihre Schatten voraus war, während wir uns jetzt mitten in der Krise befinden. Die Not des Proletariats und die Arbeitslosigkeit dieses Winters beurteilt der Polizeipräsident völlig anders, wie aus seiner Erklärung unzweifelhaft hervorgeht. Wäre sein Gutachten für diesen Winter eingeholt worden, so hätte er sich also wahrscheinlich zustimmend zu der Errichtung städtischer Wärmehallen ausgesprochen; mindestens wäre aber sein Urteil weniger scharf ausgefallen. Hat und Stadtverordnete hätten sich also nicht bei ihrer Ablehnung der städtischen Wärmehallen auf den Polizeipräsidenten berufen können.

Was sehen wir nun aber? Rat und Stadtverordnete wußten, daß sich das Polizeigutachten auf den vorigen Winter bezog. Niemand nahm aber daran Anstoß! Im Gegenteil. Nach dem amtlichen Protokoll erklärte der Referent, „das Gutachten hat mit bestimmend auf die Entscheidung des Rates eingewirkt“. Aus der öffentlichen Stadtverordneten-Sitzung wissen wir ferner, daß es hier anschlagend wirkte. Man muß sich da wirklich fragen, wie ist es nur möglich, daß den Referenten der beiden Kollegien und den Mitgliedern beider Körperschaften ein solcher logischer Schluß unbemerkt unterlaufen konnte? Jetzt aber, nachdem durch unsere Veröffentlichung der folgenschwere Irrtum an den Tag gekommen ist, erscheint der gefasste Beschluß einfach hinfällig, weil er die Frucht falscher Voraussetzungen war.

Den Stadtverordneten muß die Jvornahme ihres Beschlusses auch noch aus einem andern Grunde erwünscht sein. Sie begründeten nämlich die Verneinung der Bedürfnisfrage nach städtischen Wärmehallen nicht anders mit dem Hinweis, daß die Gewerkschaften eine Wärmehalle im Gewerkschaftshause unterließen. Die Gewerkschaften haben ihre Wärmehalle aber nur gegründet, weil keine städtische Wärmehalle vorhanden ist. Der Hinweis auf die Gewerkschaften steht deshalb wie Spott aus. Schon um nicht in den Verdacht der Spiegelfechtereie zu kommen, sollten die Stadtverordnete einen neuen und besseren Beschluß fassen. —

Ausland.

Oesterreichischer Parteitag.

Wien, 5. November. Der Parteitag verhandelt heute über die Zoll- und Handelspolitik. Kautsky als Referent vertritt den freihändlerischen Standpunkt; Korreferent Dr. Karppeles tritt für Erziehungszölle ein, für die Oesterreichische Industrie sei es nicht möglich, sich für Freihandel festzulegen. In der Debatte erklärten sich sämtliche Redner gegen Karppeles. Das Schlagwort gegen Karppeles hieß Kautsky unter stürmischem Beifall, warnte vor der abschüssigen Bahn, da aus fremden Industriezöllen leicht fremde Agrarzölle werden. Gemeinschastliche Resolution Kautsky-Karppeles wurde schließlich einstimmig angenommen. Sodann referierte Eidersch-Brünn über die Regierungsvorlage zur Gewerbe-Ordnung.

Der franko-russische Konflikt.

Nach einem Telegramm, das die französische Regierung am Dienstag erhalten hat, ist Admiral Caillard mit seiner Division am Dienstag früh vor Mytilene angekommen. Ob er zur Besetzung der Insel schreiten wird, bleibt abzuwarten. Ueberhaupt lassen die Erklärungen der Regierung einseitigen noch nicht erkennen, zu welchen Schritten sie sich entschließen wird. Nur über den Umfang der an die Sparte gerichteten Forderungen ist Näheres bekannt geworden. Frankreich fordert von der Türkei die offizielle Anerkennung sämtlicher Schulen von Religion-Genossenschaften, die unter dem Schutze Frankreichs stehen oder französischer Nationalität sind. Anerkennung sämtlicher französischer Spitäler und ihrer Dependenz, Ermächtigung zum Wiederaufbau der gelegentlich der armenischen Unruhen von 1895 und 1896 zerstörten Schulen und andern ähnlichen Anstalten, Anerkennung des neuen kaldischen Patriarchen, ferner die Garantie der freien Ausübung der französischen Ausbeutungsrechte für die orientalischen Bahnen. Außer diesen Hauptpunkten werden noch verschiedene kleinere Forderungen gestellt, welche die Türkei anerkennen muß, ehe die französischen Kriegsschiffe die türkischen Gewässer verlassen.

Diese Forderungen sind von dem französischen Botschaftsrat Bays der Sparte in einer in entschiedenem Tone gehaltenen Mitteilung gestellt worden. Die Mitteilung soll mit der Erklärung

geschlossen haben, daß man sich auf weitere Winkelsüge nicht einlassen werde.

Der Sultan wird umhin können, die französischen Forderungen zu bewilligen, um Frankreich die Möglichkeit zu nehmen, sich Mytilens oder gar noch weiterer Punkte zu bemächtigen. Es fragt sich nur, ob Frankreich nicht trotzdem zugreifen wird unter dem Vorwande, ein Untersand für die Erfüllung der Forderungen zu erhalten. Die Gelegenheit ist ja so günstig, ein Gegengewicht gegen den englischen Besitz von Cypern und Ägypten zu schaffen, und eine Intervention anderer Mächte anscheinend nicht zu erwarten. —

Der Boykott Englands.

Der „Allgemeine Vinnenschiffer-Bund“ zu Amsterdam hat beschlossen, den Boykott mit aller Kraft zu unterstützen und, wenn England nicht bis zum 31. Dezember Frieden schließt, die Uebernahme von Ladung aus englischen Schiffen zu verweigern. — Das „Nationale Arbeitersekretariat“ verbreitet einen an alle Arbeiterorganisationen gerichteten Aufruf zur Unterstützung des Boykotts.

Nach einem Telegramm der „Frankf. Jg.“ aus Amsterdam ließ Tom Mann, der Präsident der internationalen Arbeiter-Föderation in London, dem hiesigen Komitee seine Sympathie mit dem Boykott-Plan ausdrücken. Die Föderation werde ihr Einverständnis erklären, sobald die Arbeiter der wichtigsten europäischen Häfen zum Handeln bereit sind. Ferner werde sie, wenn nötig, durch eine Versammlung Anfang Dezember die Stimmung zu ergründen und die Art des Vorgehens zu bestimmen suchen.

Von dem Hamburger Komitee, das seitens der dortigen Hafenarbeiter beauftragt ist, die Frage betr. Verhängung des Boykotts über die englischen Schiffe auf ihre Zweckmäßigkeit und Durchführbarkeit zu prüfen, werden wir ersucht, folgende Erklärung aufzunehmen:

Erklärung.

Zu dem in Nummer 257 des „Vorwärts“ erschienenen Utopie überschriebenen Artikel, betreffend die Verhängung des Boykotts über die englischen Schiffe, bemerkt das unterzeichnete Komitee der Hafenarbeiter: 1. daß das Komitee mit dem Artikel nicht einverstanden ist, 2. daß der Verfasser dem Komitee nicht angehört, an den Arbeiten und den Verhandlungen desselben demnach nicht teilgenommen hat, und daß 3. die ganzen, zum Teil willkürlichen und falschen Behauptungen und Voraussetzungen lediglich ein Ausdruck der persönlichen Meinung des Verfassers eventuell anderer unbeteiligter Personen sind.

Hamburg.

Das Komitee. Wir müssen zu dieser Erklärung des Komitees der Hafenarbeiter bemerken, daß der Artikel in Nr. 257 des „Vorw.“ unzweifelhaft als persönliche Meinungsäußerung des Vorsitzenden des Verbandes der Seeleute Deutschlands von diesem selbst gekennzeichnet worden ist. Einen Anspruch, die Meinung der Hamburger Hafenarbeiter zu vertreten, hat Genosse Paul Müller in keiner Weise erhoben; er ist lediglich unserer Aufforderung gefolgt, um sein Urteil über diese nicht leicht zu lösende Frage zu geben, und wir sind ihm dankbar für seinen Beitrag. Das Komitee der Hafenarbeiter, aufricht von „teils willkürlichen und falschen Voraussetzungen“ des Artikels zu sprechen, hätte wertvoller gehandelt, wenn es uns seine Anschauungen positiv übermitteln hätte, zu deren Wiedergabe wir jederzeit gern bereit sind und bleiben. —

Frankreich.

Der Gesetzentwurf betreffend die Alterspensionen der Bergarbeiter ist am Dienstag der Kammer zugegangen. Derselbe trifft Bestimmungen, daß das Geleß über die Alterspensionen der Bergarbeiter vom Jahre 1894 schon jetzt seine Wirksamkeit entfalten kann. Die zum Bezug der Altersrente berechtigten Bergarbeiter erhalten danach von jetzt ab eine Rente von 300 Franken. In diesem Zweck soll der Staat einen Jahreszuschuß von 5 Millionen Franken leisten und der Betrag des den Arbeitern auferlegten Lohnabzuges und des Arbeitgeber-Beitrags etwas erhöht werden. —

Belgien.

Die internationale Judent Konferenz. Wie der Brüsseler „Patriote“ meldet, sollen die Einladungen zur nächsten Judent Konferenz unüberzählig ergehen. Das Blatt fügt hinzu, die Konferenz werde in Brüssel im Januar 1902 abgehalten werden und die Einladung zu derselben werde sich auf die Staaten Europas beschränken. —

Indien.

Zusammenstoß an der indischen Grenze. Aus Simla wird gemeldet: Zweieinunddreißig Mann vom 17. bengalischen Lanzenregiment, die eine Begeben-Kommission begleiteten, wurden gestern von Mahjuds angegriffen. Dreizehn Sepoys fielen; eine Anzahl Mahjuds soll gefangen genommen worden sein. —

Christliche Nächstenliebe am heiligen Grabe.

Aus Jerusalem wird vom Montag gemeldet: In der Kirche vom heiligen Grabe kam es heute zwischen Römisch-Katholischen und Griechisch-Orthodoxen zu einer großen Schlägerei, welche auf beiden Seiten Verwundungen zur Folge hatte. Fünf Franziskaner wurden lebensgefährlich verwundet. Der Streit ist dadurch entstanden, daß die Römisch-Katholischen wiederholt einen Teil des die Kirche umgebenden Hofes ansetzen wollten, während die Griechisch-Orthodoxen den Anspruch erhoben, daß dies ausschließlich zu ihren Obliegenheiten gehöre. Schon seit mehreren Tagen waren Truppen an dieser Stelle aufgestellt worden, um einen Zusammenstoß zu verhindern, aber plötzlich hatte die Zahl der Streitenden so zugenommen, daß die Truppen ihnen nicht mehr gewachsen waren.

Robamedonische Truppen mußten an der Begräbnisstätte des Stifter des Christentums postiert werden, damit dessen Anhänger nicht übereinander herfielen! —

Amerika.

Vom kolumbisch-venezolanischen Krieg. Eine New Yorker Depesche aus Panama meldet, daß die Mannschaft des kolumbianischen Kanonenbootes „Darien“, das an der Südküste der Landenge von Panama operierte, gemutert hat und das Schiff in die Hände der Insurgenten gefallen ist. —

Der Boeren-Krieg.

Als Lügennachrichten

Keunghamel die gestern von uns mitgeteilten, aber der Unwahrscheinlichkeit ihrer Angaben wegen sofort angezweifelt. Besichtigungstelegramme über das Gescheh bei Wendenlaage die weitere Nachricht, daß es den Boeren dennoch gelungen ist, die erbeuteten beiden Geschütze fortzuführen. Gelang aber die Fortschaffung dieser schwer zu transportierenden Beute den Boeren, so war ihr Sieg auch ein vollständiger und die Behauptung, daß Oberst Warter die Boeren „zerstört“ habe, war eitel Schwindel!

Schwindelmeldungen werden zum Teil auch die heute neu vorliegenden Telegramme über

eine Anzahl kleinerer Gescheh

sein, die bis auf eins als englische Erfolge ausgegeben werden.

Dem „Reuterschen Bureau“ wird aus Kwaal Korth vom 2. d. Mts. gemeldet: Eine Patrouille unter Kapitän Walker von der Kolonne Tylors machte gestern in der Nähe von Wolwey 21 Gefangene und erbeutete 17 Gewehre, 500 Patronen sowie einige Felle. Unter den Gefangenen befindet sich die ganze Familie Dyplos, welche in letzter Zeit den Engländern viel zu schaffen machte. Die Patrouille ist noch nicht zurückgekehrt (am Ende also wohl selbst ge-

fangen. Der Verlust der Engländer betrug nur einen leicht Verwundeten. Infolge von Regengüssen ist der Kranzflug gegenwärtig unpassierbar. — Aus Worcester wird dem genannten Bureau vom 4. November berichtet: Am frühen Morgen des 1. November wurde eine Abteilung des Worcester Districts, bestehend aus 17 Mann bewaffneter Truppen, von einer Streitmacht der Boeren unter Van Heerden sechs Meilen von Constable überrascht und nach Verbruch ihrer Munition mit Ausnahme von drei Mann, welche auf einer Melanosierung abwesend waren, gefangen genommen. Van Heerden äußerte sich mit großer Bitterkeit über die Kolonialboeren, von denen man soviel Unterstützung erwartet, und so wenig erhalten habe. (1) Die Boeren wählten, daß sie keine Rücksicht auf Wiederherstellung ihrer Unabhängigkeit haben, setzten aber den Kampf fort, um die Kolonialboeren, ihre einstigen Freunde, die Sache empfindlich fühlen zu lassen. An demselben Tage stieß eine andre Abteilung der Lokaltuppe von Worcester in der Nähe des Touwflusses auf die Boeren. Ein scharfes Gefecht entwickelte sich, in dem zwei Boeren getötet und sechs verwundet wurden. Eine englische Truppe, die von Jernst ausgebrochen war, nahm acht Boeren gefangen und brachte dem Feind einen Verlust von 4 Mann an Toten und Verwundeten bei.

Eine Depesche Richters von Pretoria vom 4. November meldet: Frend berichtet vom 2. November, daß er gegen Zouché, Waburg und Wesels mit ungefähr 400 Mann zwischen Bartly East und Rhodes operiere; im übrigen sei die ganze Kapkolonie östlich von der Westbahn geläubert. (2) Eine oder zwei Boerenabteilungen, von denen jede aus 20 oder 30 Mann besteht, ziehen ziellos umher; Frend sandte zwei Kolonnen ab, die sie verfolgen sollen. Van Deventer und Botsch mit 130 Mann überschritten die Eisenbahn bei Victoria Road und rücken in westlicher Richtung vor, nachdem sie von zwei britischen Kolonnen verfolgt worden sind. Sie verloren viele Pferde.

Englische Verstärkungen.

300 Mann der königl. Artillerie mit sechs Maximgeschützen gehen in diesem Monat von Halifax nach Südafrika ab; sie werden durch eine Abteilung von Bermuda ersetzt werden.

Partei-Nachrichten.

Protest gegen den Hungerlohn. Das Fürstentum Neuchâtel (S. 2) brachte bei 68 800 Einwohnern 17 200 Unterschriften auf unsere Petition. Am 7. Schleswig-holsteinischen Reichstags-Wahlkreise (Riel-Saanden) wurden 33 391 Unterschriften gegeben bei 13 119 Stimmen, die wir bei der Wahl im Jahre 1898 erhielten.

Mit der Verichterstattung über den Parteitag beschäftigten sich die Parteigenossen des 15. sächsischen Reichstags-Wahlkreises, deren Delegierte zu einer Kreisversammlung in Schmölln zusammengelassen waren. Nach dem Bericht des Delegierten Landgraf-Limbach wurde eine Resolution angenommen, in der sich die Verammlung mit der Haltung ihres Delegierten und den Beschlüssen des Parteitages einverstanden erklärt.

Zu drei sehr gut besuchten Versammlungen in Meerane, Glauchau und Lichtenstein-Gallenberg (17. sächsischer Wahlkreis) erstattete am Freitag, Sonnabend und Sonntag der letzte Woche Genosse Aner vor seinen Wählern Bericht über die Verhandlungen auf dem Abänder Parteitag. In sämtlichen Versammlungen erklärte man sich mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden.

Gemeindevahlen. Bei den Stadtverordneten-Wahlen der 3. Abteilung in Schmölln (S.-Altenburg) erhielten die sozialdemokratischen Kandidaten 161, die Gegner nur 81 Stimmen. Es gehören dem Kollegium jetzt 5 Sozialdemokraten an.

Das sozialdemokratische internationale Bureau beschloß, mindestens jedes Semester eine gemeinschaftliche Sitzung abzuhalten und rechnet speziell auf die Gegenwart der Vertreter der Nachbarländer Deutschland, England, Holland und Frankreich in den dringenden Fällen. Die nächste Versammlung findet statt während des Weltkongresses. Das Bureau wird am Ende dieses Jahres einen Bericht über seine Tätigkeit ausgeben, und später einen Bericht über die Stärke der Sozialdemokratie in allen Ländern mit einer Sammlung der internationalen Kongressbeschlüsse.

Ein schönes großes Volkshaus haben sich die organisierten Arbeiter in Bergen (Norwegen) erbaut. Das stattliche Gebäude enthält u. a. einen großen Musiksaal, Konversations-, Les- und Versammlungszimmer, Comptoir der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterorganisationen, Redaktions-, Expeditionslokale und Druckerei des Partei-Organs „Arbeidet“, einen größeren Versammlungssaal, einen großen Festsaal, ein besonderes Damenzimmer und Lokalitäten für eine Bäckerei.

Partei-Presse. „L'Etudiant Socialiste“ (Der sozialistische Student) erscheint zweimal im Monat vom 1. November bis zum 15. Juli. Der Abonnementspreis beträgt 2,75 Fr. Anfragen bezüglich des Abonnements sind an das Bureau des „L'Etudiant“ in Trévies, Treves-Strasse zu richten. Die sozialistische Presse wird um Abdruck der Mitteilungen ersucht.

Politisches, Gerichtliches usw.

Vom Groben Unfug. Der Genosse Siwenty in Halle war wegen Veröffentlichung mehrerer Vopstot-Inserate zu 12 Tagen Haft verurteilt worden unter der Annahme, daß er groben Unfug verübt habe. Das Landgericht hatte den groben Unfug damit für festgestellt erachtet, daß es erklärte, die Inserate seien geeignet, das Publikum im Gefühl seiner Sicherheit und Ruhe zu beeinträchtigen, und daß darin zugleich eine Verletzung und Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung und allgemeinen Ruhe zur Erscheinung komme.

Das Ober-Landesgericht Rammberg hat dieses Urteil entgegen seiner bisherigen Praxis aufgehoben und verlangt, daß Thatsachen festgestellt werden müssen, aus denen eine unmittelbare Gefährdung des äußeren Bestandes der öffentlichen Ordnung zu folgen ist.

Wir halten auch diese Auffassung des Begriffs grober Unfug noch für viel zu weitgehend, da wir der Meinung sind, daß grober Unfug gleichbedeutend ist etwa mit Dummheitsstreich, daß man niemals eine ernsthafte Handlung im politischen Kampfe als groben Unfug bezeichnen kann, aber eine Verbesserung des bisherigen Zustandes würde es immerhin bedeuten.

Wegen Beleidigung des Gemeinderats in Braunlage war der Genosse Dehmann, jetzt in Stuttgart, zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt worden. Die 2. Instanz hat jetzt die Strafe auf 30 M. Geldstrafe herabgesetzt.

Aus Industrie und Handel.

Agrarische Getreidespekulation.

Für die christlichen Grundbesitzer im Handel und Verkehr ist in den letzten Wochen von den Agrariern wieder mit Aufwiegen großer Bronnen gestritten. Nicht, daß man sich entrüstete über die staatliche Protection der Zuckerfabrikation, der Spiritusbrennerei, oder daß man gar den Zolltarif als eine Auswucherung der ärmeren Bevölkerungslasse bezeichnen hätte, nein, solcher Mittel darf man sich nach agrarischen Ehrenhöfen bedienen, um die Preise der Nahrungsmittel in die Höhe zu treiben. Ihr Unwille war wieder einmal durch die Börse wachgerufen, die nach nicht von ihren alten Vätern befreit ist, trotz aller agrarischen Verleumdungsversuche. Das schämte, was an dieser ruhmlosen Stätte des Speils gegen die Agrarier erlitten werden konnte, war im Verle, eine Aktion für mehrere Getreidepreise. Die Getreidepreise sanken, obwohl unsre Käufer ein Steigen erwarteten hatten, und nun galt es, den Schuldigen zu finden. Wer anders als die Börse konnte das Verbrechen verübt haben. Aber die Angeklagte verteidigte sich sehr energisch und brachte eine Reihe einflussreicher Promente herbei, so daß der kühne

Aufbau der Auflage zusammenfiel und die Kläger selbst belästet erschienen.

Die Agrarier haben schon oft unter gleichen ungünstigen Umständen den Kampf gegen die Börse führen müssen. Wurde doch einer ihrer Wortführer im Reichstag bei seinem Ansturm gegen die Börse mit dem Einwand entzweit, daß er an dieser Stätte selbst sein Glück verlor, allerdings mit negativem Erfolg. Einen ähnlichen Verlauf scheint die neueste Aktion der Agrarier zu nehmen, denn der Verband deutscher Müller berichtet in dem Protokoll seiner Generalversammlung über folgendes mißglückte Unternehmen:

„In Breslau notierte inländischer guter Weizen bis Mitte April 150—152 M. Als um diese Zeit aus dem amtlichen Saatenstands-Bericht bekannt wurde, welche Schäden der Schneearme Winter den Weizenarten zugefügt hatte, hielten die Landwirte ihre Vorräte derartig zurück, daß die Müller Schlestens, um den nötigen Weizen zu erlangen, diesen von Hamburg in amerikanischen Sorten beziehen mußten. Dies war nur zu einem um 30 M. pro Tonne erhöhten Preise möglich. Während Weizen bisher unter dem Weltmarktpreise plus Zoll stand, mußte er plötzlich zum vollen Weltmarktpreise plus Zoll, Fracht und Gewinn des Zwischenhändlers bezahlt werden. Die Bestände bei den Landwirten waren aber nicht erschöpft, sie kamen bald wieder mit Anerbietungen auf den Markt und drückten damit den Preis um 10 M. pro Tonne.“

Die „D. H. Z.“ bemerkt hierzu folgendes: Wir möchten uns die Frage erlauben, was wohl die deutsche Landwirtschaft bei dem hier erwähnten Spekulationsgeschäft, das so ziemlich allgemein betrieben worden ist, verloren hat? Es dürften enorme Summen sein! Vielleicht äußert sich auch die genossenschaftlichen Getreidelagerhäuser einmal zu dieser Frage. Es gehen über einzelne derselben ganz wunderbare Geschichten um. So wird von einem großen Silo in einer Hafenstadt an der Ostsee berichtet, daß es große Massen auf Spekulation ankäufte und anhäufte, da die agrarischen Gewaltthäter den unsehrbar zu erwartenden späteren höheren Preis unter allen Umständen mitnehmen wollten. Indessen die Preise hatten den verhängnisvollen Drang, zu fallen, anstatt zu steigen, und an die Stelle des erhofften Gewinns trat der großer und großer werdende Verlust. Ueberdies, große Mengen Getreide erfordern dauernde Verarbeitung, sollen sie nicht dem Verderben ausgesetzt sein, und damit sind viele Kosten verbunden; aber ein Silo neuester Konstruktion macht diese Arbeit überflüssig; so wenigstens will es die Theorie! Man ließ also ruhig liegen, was lag (es waren an die tausend Tonnen Roggen) und wartete der Zeiten, die da kommen sollten. Zeiten der höheren Preise nämlich. Diese kamen nun nicht, wohl aber machte man eines schönen Tages die Entdeckung, daß der lagernde Roggen ein höchst verdächtiges Aussehen bekam. Jetzt sandte man eine Probe mit einer Verkaufsofferte an eine Mühle; diese bat sich weitere Proben aus, nahm sie auch selbst und fand den ganzen Roggen so gut wie verdorben, für Mahlzwecke völlig ungeeignet. Einen Anlauf auch zu erheblich herabgesetztem Preise mußte sie ablehnen. Inzwischen sollten von dieser Ware etwa 500 bis 600 Tonnen transit Hamburg gehandelt sein, und zwar etwa 50 Mark unter Tagespreis! Ein Trost freilich soll dem Lagerhause geblieben haben, in Gestalt der Ausfuhrvergütung nämlich! Es ist nun freilich schwer begrifflich, wie eine für die menschliche Nahrung so gut wie wertlos gewordene Ware dieses Vorurtheils teilhaftig werden konnte, doppelt ungreiflich bei der großen Rigorosität, die sonst in derartigen Fällen geübt wird. Freilich handelt es sich hier um ein genossenschaftliches Lagerhaus und nicht um eine kaufmännische Firma. Jedenfalls ersticht man aus dieser kuriosen Geschichte, was unter Umständen bei Spekulationen herauskommen kann.

Die Finanzen der Vereinigten Staaten weisen in dem am 31. Juli beendeten Rechnungsjahr einen glänzenden Stand auf. Die Einnahmen des Schatzamtes sind gegen das Vorjahr um 20 444 485 Dollar gestiegen und betragen 587 885 337 Dollar. Die Ausgaben betragen 509 067 353 Dollar. Die Staatsschuld ist im Oktober um 9 503 406 Dollar vermindert und gegenwärtig sind abermals 1 282 000 Dollar Staatsbonds zur Tilgung angekauft. Wir verstehen uns in Deutschland mehr auf das Schuldenmachen.

Gewerkschaftliches.

Verlu und Umgegend.

In der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft (Abteilung Brunnenstraße) sind in der letzten Zeit, speziell in der Modellfabrik, ganz enorme Abzüge von Seiten eines Meisters durchgeführt worden. Während der verfloffenen Zeit der Prosperität wurden in der betreffenden Werkstatt durchschnittlich 60 Pf. pro Stunde verdient. Da nun aber Arbeitslose genug vorhanden sind, und die jetzt arbeitslos werdenden gewärtig sein müssen, längere Zeit ohne Beschäftigung zu sein, bietet man Accordpreise, bei denen kaum 30 Pf. zu verdienen sind. Wohlwollend erhält sich der betreffende Meister immer noch einen Stamm älterer Leute, denen er einen einigermaßen angemessenen Lohn zukommen läßt. Außer diesem Gerabdrücken der Accordlöhne erlaubt sich der betreffende Meister aber auch noch geleglich ganz unzulässige Abzüge in Höhe bis zu 1 M. für angeblich zu viel verbrauchtes Material. Sonderbarerweise sind es immer gerade die Arbeiter, die angeht der seit längerer Zeit stetig gestiegenen Arbeitslosigkeit überstunden und dergleichen Nebenbedienen zuzugewiesen haben, die von diesen Maßnahmen betroffen werden, während diejenigen, denen selbst eine 14 stündige Arbeitszeit noch nicht zu lange dauert, zum Teil noch die alten Löhne erhalten. Da aber die in genannter Werkstatt Beschäftigten nur etwa zur Hälfte einer Organisation angehören, ist namentlich bei dem beispiellos schlechten Geschäftsgang der gegenwärtigen Zeit gar nicht daran zu denken, auf ein derartiges Verhalten die gebührende Antwort zu geben.

Hoffentlich lernen die Modellfabler aus den geschilderten Umständen den Wert einer kräftigen Organisation zu schätzen, um in Zukunft derartigen Uebergriffen einzelner Meister begegnen zu können.

Deutsches Reich.

Stud die Gewerkschaften Versicherungsanstalten? In Braunschweig werden neuerdings die Gewerkschaften nach Mitteilung des „Braunschweiger Volksfreunds“ von den Behörden für „Versicherungs-Anstalten“ erklärt und angefordert, ihre Statuten dem Staatsministerium zur Genehmigung einzurichten. Bei den Tabakarbeitern fing man damit an, wandte sich dann den Bergarbeitern zu und widmet jetzt die behördliche Aufmerksamkeit den Metallarbeitern. So haben neuerdings auch die Filialen des Metallarbeiter-Verbandes in Helmstedt und Schöningen die bewusste Aufforderung erhalten. Die Gewerkschaften haben sich an die Forderung bisher in keiner Weise gelehrt und ihre Thätigkeit ruhig fortgesetzt. Soviel bisher bekannt, ist nur die Verwaltung der Stadt Braunschweig soweit gegangen, die betreffenden Filialen aufzulösen und die Bücher und Gelder zu beschlagnahmen.

Der „Braunschweiger Volksfreund“ erhebt nun gegenüber diesen Aktionen den **Vorwurf der Ungeheuerlichkeit** und begründet denselben ausführlich. Bei der Durchberatung des Entwurfs zu dem neugeschaffenen Versicherungsgesetz im November vorigen Jahres erklärte im Reichstag der Kommissar des Bundesrats Bruner ausdrücklich, daß die Gewerkschaften nicht unter das Versicherungsgesetz fallen sollten. Aber noch mehr: Der Reichstag sagte dem § 1 der Versicherungsgesetze ausdrücklich folgenden Passus an: „Als Versicherungsunternehmungen im Sinne dieses Gesetzes sind solche Personen-Vereinigungen nicht anzusehen, die ihren Mitgliedern Unterstützung gewähren, ohne ihnen einen Rechtsanspruch darauf einzuräumen.“ Dieser Zusatz wurde auch vom Bundesrat sanktioniert, ist also Gesetz geworden.

In den Statuten der in Braunschweig von den polizeilichen Maßnahmen betroffenen Gewerkschaften ist nun überall ausgesprochen, daß den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf die Unterstützung nicht zusteht. Die Rechtslage ist demnach eine völlig klare, jeden Irrtum ausschließende. Das Vorgehen der Behörden ist unter diesen Umständen um so verwunderlicher, als es sich nicht um Mißverständnisse untergeordneter Verwaltungsorgane handeln kann, denn das Vorgehen der Behörden ist ein systematisches und die Aktion hat überall fast zur selben Zeit begonnen; zweifellos folgen die Polizeiverwaltungen einer Anregung von oben. — Das braunschweigische Staatsministerium wird gut thun, den Urheber des ungeheuerlichen Vorgehens gegen die Gewerkschaften ansindig zu machen und ihm zu bedeuten, daß Gewerkschaften keine „Versicherungsanstalten“ sind, daß sie lediglich den vereinigungsgesetzlichen Bestimmungen, nicht dem Versicherungsgesetz unterliegen.

In der Gutfabrik von Rabat u. Guttman zu Breslau haben 48 Gutmacher die Arbeit niedergelegt. Ursache ist eine Lohnreduktion von 33/3 Proz. und die Einführung eines neuen Lohnzahlungssystems. Nach diesem soll der Lohn für die unverarbeiteten Güte erst dann bezahlt werden, wenn dieselben fix und fertig von der Fabrik in die Expedition geliefert werden. Durch die Zeitarbeit vergehen aber oft 3—4 Wochen, ehe die Güte geliefert werden können und die Arbeiter ihren Lohn erhalten würden. — Da die plötzliche Einführung einer Lohnreduktion und des neuen Zahlungsmodes einen Kontraktbruch der Firma vorstell, fügten die Gutmacher sich zur sofortigen Niederlegung der Arbeit berechtigt.

Den Tüpfeln der Ofenfabrik in Leuben wurde am Sonnabend wiederholt ein zehnpromentiger Lohnabzug angekündigt, obwohl sie einen solchen erst im Juli dieses Jahres durch festes Zusammenhalten abgewiesen haben.

Ausland.

Ein edler Lord. Unser englischer Korrespondent schreibt uns: Der langwierige wirtschaftliche Konflikt in den Schieferbräuen von Bethesda (Wales) droht einen ernstlichen Charakter anzunehmen. Schon seit Jahren führen die Arbeiter dort gegen Lord Penrhyn einen erfolglosen Kampf um die Anerkennung ihres Verbindungsrechts. Die Arbeiter sind dort durchaus keine Sozialisten; sie haben gegen die heutige Gesellschaftsordnung principiell nichts einzuwenden, und man sagt ihnen tiefe Religiosität nach. Ihr ganzes Verlangen besteht darin, das Recht zu haben, ihre Beschwerden kollektiv, d. h. durch ein gewähltes Komitee, dem Lord Penrhyn, resp. seinem Vertreter vortragen zu dürfen. Die Arbeiter werden deshalb ausgesperrt. Später eruchten sie um die Ernennung eines Schiedsgerichts. Auch das wurde von Lord Penrhyn abgelehnt. Nun schreitet der edle Lord dazu, die Arbeiter, die zugleich seine Mieter sind, aus ihren Häusern zu vertreiben. In vielen Fällen wurden diese Häuser noch von ihren Vätern gebaut. Man fürchtet, daß diese gewaltthätige Austreibung sich nicht in Frieden vollziehen würde, denn die Ausgesperrten sind über diese neueste Maßregelung begrifflicherweise sehr erbittert.

Lohnbewegung der schwedischen Buchdrucker. Ende dieses Jahres laufen eine Anzahl Tarifverträge ab, die an verschiedenen Orten Schwedens mit den Arbeitgebern der Buch- und Zeitungsdruckerien in den letzten Jahren geschlossen wurden. Aus diesem Anlaß haben bereits Verhandlungen zwischen den Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber stattgefunden, sind aber resultatlos verlaufen. Die Stellung der beiden Parteien ist jetzt derartig, daß ein größerer Konflikt eintreten kann, der dann die Buch- und Zeitungsdruckerien im ganzen Lande umfassen würde. Die Tarifkommission der Gehilfen hat einen Tarifvertrag ausgearbeitet, der mit den Lebensverhältnissen der einzelnen Orte entsprechenden Lokalzuschlägen von 5—15 Proz., über das ganze Land eingeführt werden soll.

Bezüglich des großen Ausstandes in den Kupfer-Verwerken zu Höros in Norwegen haben in den letzten Tagen wiederum Verhandlungen stattgefunden. Die Arbeiter wollten auf eine fünfprozentige Lohnreduktion eingehen. Die Verhandlungen scheiterten jedoch daran, daß die Direktion der Werke 45 der Ausständigen nicht wieder einstellen wollte.

Die Buchdrucker von Novara (Italien) haben ohne Streik den Reimjüngel bei einem Minnalohn von 35 Ctm. pro Stunde durchgesetzt. Ueberstunden werden mit 25 Proz. Erhöhung bezahlt. Der durchschnittliche Tageslohn wird damit von 2,50 Fr. auf 3,15 Fr. erhöht. Die Lehrzeit soll in Zukunft nur 2 Jahre betragen.

Sociales.

Zum Arbeiterschutz im Handelsgewerbe. Der Generalrat des Vereins deutscher Kaufleute hat folgende Eingabe an den Reichstag und den Bundesrat beschlossen: 1. Der Verein der deutschen Kaufleute verlangt eine gleiche Ausbildung der männlichen und weiblichen Handlungsgehilfen. Er verlangt, daß die §§ 128 und 139 der Gewerbe-Ordnung und § 76 des Handelsgesetzbuches zur Ausführung gelangen; er hält es für eine Hauptaufgabe der Organisationen der Arbeitgeber und der Handlungsgehilfen, für eine gute Ausbildung des Nachwuchses zu sorgen. 2. Der Verein der deutschen Kaufleute fordert vom Bundesrat und Reichstag a) Unterstellung der Handelsangestellten beiderlei Geschlechts unter 16 Jahren und aller übrigen Handlungsgehilfen unter die §§ 133, 134, 136, 137, 138 der Gewerbe-Ordnung; b) Einführung von obligatorischen Fortbildungsschulen für Handelsangestellte beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren. Der Unterricht hat während der Geschäftszeit stattzufinden; c) Anstellung von Handelsinspektoren aus dem Gehilfenstande analog den Gewerbe-Inspektoren (§ 139b der Gewerbe-Ordnung) zur Ueberwachung der Ausführung der Schutzgesetze für die Handelsangestellten, da der Polizei die Zeit sowohl wie auch besonders die Kenntnis der genauen Verhältnisse fehlt.

Den Mittagladenschluß hat der Konsumverein in Dessau für seine sämtlichen Verkaufsstellen seit dem 1. November eingeführt. Die Pause beträgt 1 1/2 Stunden.

Das Museum für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen in München, das am 21. Oktober 1900 eröffnet wurde, ist im ersten Betriebesjahre an 39 Besuchstagen von 1883 Personen besucht worden. Es umfaßt gegenwärtig 1017 Nummern. Im Laufe des Jahres hat man auch auf dem Spezialgebiete des gewerblichen Unterrichts- und Erziehungswesens im Museum eine Sammelstelle geschaffen, wo über den gegenwärtigen Stand der betreffenden Verhältnisse, deren Entwicklung und Ziele Auskunft erteilt werden kann. Einem diesbezüglichen Gesuche der Museumsleitung Folge gebend, hat das Kultusministerium die Regierungen veranlaßt, die ihnen unterstellten Anstalten auf das Museum aufmerksam zu machen und zur Abgabe von Programmen, Jahresberichten, Statuten und Lehrmitteln (Verzeichnissen, ferner, soweit angängig, von überflüssigen Lehrmittel-Duplikaten und Modellen, z. B. von Lehrgängen mechanischer Werkstätten in Modellen und Schülervorarbeiten dargestellt, anzuregen. Von der durch die Museumsleitung getroffenen Einrichtung, wonach Bücher und Zeitschriften auf je 14 Tage wemigstens entliehen werden können, wurde bisher wenig Gebrauch gemacht, obwohl die Bibliothek namentlich auf hygienischem und volkswirtschaftlichem Gebiete bereits wertvolle Arbeiten enthält. Von den sonstigen Museums-Veranstaltungen ist zu erwähnen, daß jährlich im Anschluß an den Volkshochschulverein in München ein Cyclus von Vorträgen über Fragen der Arbeiterwohlfahrt abgehalten wird. Solche Vorträge hielten im Frühjahr Fabrik- und Gewerbe-Inspektor Köllath; Assistent am hygienischen Institut der königl. Universität München Dr. Witte; Vorsitzender des Gewerbegerichts München Dr. Bremer. Der Jahresbericht erwähnt ferner, daß von Zeit zu Zeit Specialausstellungen auf den verschiedenen Gebieten des Arbeiterthums ins Leben gerufen werden sollen, und daß eine solche Specialausstellung im Monat Mai laufenden Jahres für den Bauarbeiterthum eröffnet

wurde. Da sich mit der weiteren Entwicklung des Museums für dessen Leitung das Bedürfnis herausgestellt hat, sich bei Fragen von principieller, für die Ausgestaltung des Unternehmens entscheidender Bedeutung auf den Rat und die Mitwirkung sachverständiger Persönlichkeiten stützen zu können, wurde gegen Ende des Berichtsjahres ein Beirat gebildet. Bis auf weiteres ist das Museum jeden ersten und dritten Sonntag im Monat vormittags von 10 bis 12 Uhr für den allgemeinen Besuch unentgeltlich geöffnet; ausnahmsweise auf besonderen Wunsch wird es auch zu anderen Zeiten zugänglich gemacht, z. B. bei rechtzeitig angemeldeten Besuchen von auswärtig etc.

Die Hygiene im Barbierladen. Im bayerischen Regierungsbezirk Pfalz ist eine Verordnung erlassen über die Keimhaftigkeit im Barbier- und Friseurstuden, in der den Polizeibehörden der Erfolg von Vorschriften zur Verhütung von Ansteckungen empfohlen wird. Es seien die folgenden davon genannt:

In Barbier- und Friseurstuden haben die das Geschäft ausübenden Personen stets saubere, leicht waschbare Kleider zu tragen. Mit Handschellen oder Geschwürten an der Hand Geschäfte haben bis zu deren Heilung sich jeder derartigen Arbeit zu enthalten. Der Bedienung eines jeden Kunden hat eine gründliche Reinigung der Hände mit Wasser oder Seife oder Seifenpulver vorauszugehen. Eine entsprechende Beschleunigung ist daher stets in dem Geschäftsräum bereit zu halten. Messer, Scheren, Haarschneidemaschinen sind nach jedem Gebrauch sorgfältig zu reinigen und vor jeder Wiederbenutzung mit Alkohol abzureiben. Außerdem sind dieselben täglich mindestens einmal mit harter Seifenlösung zehn Minuten lang zu waschen und dabei am besten Kastermesser mit metallenen Säulen zu benutzen. Bürsten und Kämme sind ebenfalls stets rein zu halten und täglich einmal mit warmer fünfprozentiger Sodalösung auszuwaschen. In jedem Geschäftsräum ist mindestens eine mit Wasser gefüllte Spühschale aufzustellen und diese täglich zu reinigen. Die abgekümmelten Haare sind alsbald zu entfernen und mit feuchtem Sande, Sägemehl oder dergleichen vom Boden aufzuheben. Personen, welche mit ansteckenden Haut- oder Haarkrankheiten oder mit Ungeziefer behaftet sind, sind thunlichst von den öffentlichen Barbier- und Friseurstuden auszuschließen. Ist ihre Bedienung erfolgt, so sind die benutzten Instrumente und Wäsche sofort abzuwaschen und, wie oben angegeben, vor ihrer Wiederbenutzung mit Sodalösung bzw. Seifenlösung sorgfältig zu reinigen.

Der Gebrauch von Bleiweiß ist in Marseille durch eine Verordnung des sozialistischen Bürgermeisters Dr. Plaisidès untersagt. Jede Zuwiderhandlung seitens der Unternehmer wird strafrechtlich verfolgt.

Die Bewegung der italienischen Landarbeiter. Dieser Tage fand in Bologna der zweite Kongress der Landarbeiter der veronesischen Ebene statt. Aus dem Bericht geht u. a. hervor, daß seit dem letzten Mai 74 Organisationen von Landarbeitern mit 7800 Mitgliedern gegründet wurden. Bezeichnend für den Geist, der in jenen Organisationen herrscht, sind wiederum die Resolutionen, die auf diesem Kongress zur Annahme gelangten. Beschlossen wurde, für die vollständige Aufhebung der Frondienste zu agitieren, da diese der ökonomischen und moralischen Entwicklung der Landarbeiter nicht mehr entsprechen und die Bildung von Kooperationsgenossenschaften behindern. Der Vorstand des Bundes wurde beauftragt, die Gründung von statistischen und Arbeitsnachweis-Büros zu beschleunigen. Dem Parlament sollen Petitionen eingereicht werden, welche die Errichtung von Schiedsämtern für Landarbeiter fordern; außerdem wird die Zulassung der Landarbeiter zu der nationalen Pensionskasse verlangt. Nach längerer Diskussion über das Zusammenwirken der politischen und ökonomischen Organisationen wurde folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß die politische Aktion mit der ökonomischen Bewegung ständig in Fühlung bleiben muß, erklärt es der Kongress für Pflicht der Organisationen, für die Beteiligung ihrer Mitglieder an allen politischen und administrativen Wahlen zu sorgen. Der Vorstand wurde beauftragt, den Anschluß an die Arbeitskammer von Verona zu bewirken, da ein Zusammengehen der Landarbeiter mit dem städtischen Proletariat notwendig sei.

Gerihts-Beitung.

Rechtswidrige Beschränkung der Sonntagserkrankungen.

Durch Abhaltung einer öffentlichen Versammlung während des Hauptgottesdienstes am Sonntag sollte der Kaufmann Klupp aus Lüft die Vorschriften übertreten haben, die alle preussischen Versammlungsverordnungen bezüglich der öffentlichen Versammlungen an Sonn- und Feiertagen enthalten. Die zum Schutze der äußeren Heiligkeit erlassenen Ober-Präsidialverordnungen schreiben gleichlautend vor, daß öffentliche Versammlungen, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, an bestimmten Feiertagen, zum Beispiel Karfreitag und Bußtag, überhaupt nicht, an andern Feiertagen und Sonntags nur nach beendeter Hauptgottesdienst stattfinden dürfen. Das zuständige Landgericht verurteilte K. zu einer Geldstrafe, das Kammergericht als Revisionsinstanz hob aber die Vorentscheidung auf und sprach den Angeklagten frei, indem es begründend ausführte: Die Vorschriften, daß öffentliche Versammlungen, welche nicht gottesdienstlichen Zwecken dienen, an gewissen Feiertagen überhaupt nicht und an Sonntagen und andern Feiertagen erst nach Beendigung des Hauptgottesdienstes stattfinden dürfen, sei rechtswidrig. Sie verstoßen gegen die Artikel 29 und 30 der preussischen Verfassung. Danach dürfen Versammlungen von der Verwaltungsbehörde unter keinen Umständen wegen der Art der zu erörternden Angelegenheiten verboten werden. Das sei hier geschehen, indem das Verbot öffentlicher Versammlungen an bestimmten Feiertagen und die Beschränkung solcher Versammlungen an andern Feiertagen und an den Sonntagen auf die Zeit nach dem Hauptgottesdienst sich auf die nicht den Gottesdienst betreffenden Angelegenheiten erstreckt. Somit dürften öffentliche Versammlungen Sonntags auch während und vor dem Hauptgottesdienst stattfinden, der Angeklagte müsse deshalb freigesprochen werden.

Mit den Angelegenheiten zweier Berliner Rechtsanwälte war der Obergerichtshof in Leipzig am Montag befaßt. Den Vorsitz führte Exzellenz v. Dellschläger, die Anklagebehörde vertrat Ober-Rechtsanwalt Olschhausen. In beiden Fällen handelte es sich um Nachklänge zum Prozeß Sternberg. Zuerst wurde gegen Rechtsanwalt Dr. Mendel, vertreten durch Justizrat Cassel, verhandelt. Wegen Dr. Mendel hatte die Berliner Anwaltskammer wegen eines zu Gunsten des Angeklagten Sternberg unternommenen Schrittes auf Erteilung einer Verurteilung erklart. Die hiergegen eingelegte Berufung ist vom Obergerichtshof verworfen worden. — Im zweiten Falle handelte es sich um den Rechtsanwalt Dr. Halpert, dem der Rechtsanwalt Heine als Verteidiger zur Seite stand. Dr. Halpert hatte während des Prozesses eine Drohschreiben erlassen lassen, die einige Mängel der Vormuntzung und einige Ergebnisse der Beweisaufnahme kritisch beleuchtete. Er war deshalb vor die Anwaltskammer citiert worden, diese hatte jedoch auf Freisprechung erklart. Wegen dieses Urteils hatte der Oberstaatsanwalt Berufung eingelegt, die vom Obergerichtshof in Leipzig zurückgewiesen wurde. Damit ist der Fall in einer für Dr. H. nach jeder Richtung hin befriedigenden Weise erledigt. Bekanntlich hatte seiner Zeit Staatsanwalt Frau Herrmann Dr. H. in öffentlicher Gerichtsverhandlung wegen der Drohschreiben heftig angegriffen und von Beschimpfung des schwarzen Ehrenkleides gesprochen. Der Staatsanwalt hatte dann Herrn Dr. H. eine formelle Verwarnung gegeben, indem er wiederum in öffentlicher Sitzung erklärte, daß er sich im Ausdruck vergreifen habe.

Die Waffendiebstahle in der k. k. Pulverfabrik in Spandau beschäftigten heute die I. Instanzkammer am Landgericht 11. Unter der Führung des Hauptbeschuldigten, des Maschinenführers Karl Ullrich, standen 6 Maschinenführer, 2 Arbeiter und 6 Fabrikwächter vor den Schranken. Der Mehrzahl der Angeklagten lagen nur Diebstahle an Spiritus bzw. Hebeln zur Last. Nur Ullrich soll noch eine Menge Eisenwerkzeuge und sonstige Gebrauchsgegenstände gestohlen haben. Der Gerichtshof verurteilte den Hauptbeschuldigten Ullrich zu einem Jahr und zwei Monaten Gefängnis, wovon ein Monat auf die Unternehmungshaft angerechnet wurde, drei andre an den Diebstahlsbeteiligten zu je 4 Monaten, zwei zu 1 Woche Gefängnis, die übrigen Angeklagten wurden mangels ausreichender Belastung freigesprochen.

Aus der Frauenbewegung.

In Augsburg wurde ein Bildungsverein für Frauen und Mädchen begründet. Es traten dem Verein gleich im Anfang 45 Mitglieder bei.

Ein „Nationales Bureau für Frauenarbeit“ in den Niederlanden ist im Haag errichtet worden und hat am 1. November seine Wirksamkeit begonnen. Es versteht hauptsächlich den Zweck, die Tätigkeit der Frauen im Erwerbsleben zu fördern. Zur Unterstützung der Tätigkeit des Nationalen Bureaus sollen an den verschiedenen größeren Orten lokale Komitees gebildet werden.

Ueber eine Frau als Verteidiger vor Gericht bringt ein amerikanisches Blatt aus New York folgenden interessanten Bericht:

Zum erstenmal in der Kriminaljustiz dieses Staates, und vielleicht des ganzen Landes, verteidigt eine Dame einen Mörder. Es ist Fräulein Mary Coleman, und ihr Klient der hienächste Mörder John Davis. Der Angeklagte ist beschuldigt, während der Massen-Motse, welche sich am 25. August v. J. auf der Westseite abspielten, den achtzehnjährigen Telegraphenboten John Brennan erschossen zu haben.

Einen merkwürdigeren Kontrast, als derjenige zwischen der reisenden Verteidigerin und dem Menschen, um dessen Leben sie kämpft, kann man sich schwer denken. Die zierliche, blondgelockte, blauglänzige junge Dame nimmt sich neben dem riesigen, abstoßend häßlichen Schwarzgen aus, wie eine Eibe neben einem Ungeheuer.

Daß die graziöse Awaalim nicht „Schneid“ hat, als mancher ihrer männlichen Kollegen, haben die Polizisten Deering und Trainor und Antonio Dengar auf dem Zeugenstande zu ihrem Leidwesen erfahren. Die trieb alle drei im Kreuzverhöre böse in die Enge, am ärgsten aber Deering. Derselbe behauptete anfangs, der Mörder habe sich gegen seine Verhaftung während gestäubt, mußte jedoch, ehe Fräulein Coleman mit ihm fertig war, eingestehen, daß der Mörder sich nur in dem Lustschacht des Hauses Nr. 208 West 62. Str. versteckt, weil er gelohnt zu werden beschützte und die vor dem Gebäude stehenden Blauwände ihm keinen Schutz zusichern wollten.

Die Dame ist seit mehreren Jahren als Kriminalanwältin tätig und hat sich bei verschiedenen Gelegenheiten einen Namen gemacht. Seit sie an der juristischen Abteilung der Columbia Universität graduierte, fungierte sie als Assistentin ihres Vaters, Hugh Coleman, und diesen vertritt sie bei der Verteidigung des Mörders.

Versammlungen.

Kommunalwähler-Versammlung.

Für den 44. und 45. Kommunal-Wahlbezirk fand am Montag eine Versammlung in Kreuz-Bräuerei statt. Der ungemein starke Besuch der Versammlung — der große Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt — zeigte, welche lebhaftes Interesse die Arbeiterbevölkerung an dem Wahlkampfe nimmt, der ja hier mit ganz besonderer Schärfe geführt wird. Sind es doch außer den Liberalen noch die antisemitischen Bürgerpartei und die angebliche unpolitische nationalsoziale Arbeiterpartei, die mit der Sozialdemokratie um das Mandat ringen. Als Referent in der Versammlung trat Genosse Singer auf. Seine wirkungsvolle 1 1/2stündige Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Er erläuterte in großen Zügen das kommunale Programm unserer Partei und zeigte, daß keine der gegnerischen Parteien, so arbeiterfreundlich sie sich während der Wahlbewegung auch stellen möge, die Interessen der Arbeiterbevölkerung wahrnimmt. An der Hand eines Flugblattes der Bürgerpartei wies der Redner nach, daß diese Leute sich nicht scheuen, zum Zweck des Stimmenlanses mit offensichtlich unwarheiten gegen die sozialdemokratische Vertretung im roten Hause zu operieren. Zum Schluß gab Genosse Singer unter allgemeiner lebhafter Zustimmung der Erwartung Ausdruck, daß alle Bemühungen der Gegner, den 44. und 45. Wahlbezirk für sich zu gewinnen, vergebens sein würden, und daß es dem agitatorischen Eifer unserer Genossen gelingen werde, unseren Kandidaten Glöcke und Liebknecht zum Siege zu verhelfen.

Charlottenburg. Die Parteigenossen hielten am Montagabend zwei öffentliche Kommunalwähler-Versammlungen ab.

In der Gambrius-Bräuerei sprach Genosse Pfannkuch in fesselnder Weise über das kommunale Programm der Sozialdemokratie und trat energisch dafür ein, daß am 8. November alle Geworfenen thätig auf dem Posten seien; dann werden wir als Sieger aus dem Wahlkampfe hervorgehen.

Im Lokale von Ritsche referierte Genosse Städt. Bruns über unsere Forderungen an die Kommune. In beiden Versammlungen entwickelte sich eine lebhaftes Diskussion. Mehrere Redner beleuchteten treffend das traurige Verhalten der übergroßen Mehrheit der Stadtverwaltung gegenüber allen Fragen, welche die Interessen der Arbeiter betreffen. Die aus dem Klassenwahrheit hervor-gegangenen Stadtverordneten gebarden sich lediglich als Vertreter der bevorrechteten Minderheit, deren Interessen sie bedroht leben, wenn die Kommune ihren sozialen Pflichten gegen die Mehrheit der Bevölkerung nachkommt. Erleichtert wird ihnen ihr Treiben durch die Teilnahmslosigkeit der Arbeiter; nur der vierte höchstens der dritte Teil der Wähler thut seine Pflicht und Schuldigkeit in Ausübung seines Wahlrechts. Deshalb können die bürgerlichen reaktionären Parteien auch in der dritten Wählerklasse über die Mehrheit der Siege verfügen. Diefem beschämenden Zustande kann nur ein Ende gemacht werden, wenn die Arbeiter sich aus ihrer Gleichgültigkeit aufrufen. Jeder Genosse sorge für Aufklärung unter seinen Kollegen; dann wird am Mittwochabend der Sieg unser sein.

Der Deutsche Metallarbeiter-Verein (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Sonntagvormittag im Frempalast seine Generalversammlung ab. Die Versammlung war so stark besucht, daß bereits vor Eintritt in die Tagesordnung der große Saal und die Gallerien völlig besetzt waren und die polizeiliche Wperrung erfolgte.

Zunächst wurde die Wahl des ersten Bevollmächtigten vorgenommen und dem Vorschlag der erweiterten Ortsverwaltung und der Vertrauensmänner-Konferenz entsprechend der bisherige zweite Bevollmächtigte Adolf Cohen mit allen gegen wenige Stimmen für diesen Posten gewählt. — Nach dem Kostenbericht, den hierauf der Kandidat Heyold erstattete, betragen die Einnahmen für die Hauptklasse 66149,51 M. Die Ausgaben betragen für: Reisekosten 924,50 M., Ortsunterstützung 21567,74 M., Streik- und Wahregelungs-Unterstützung 11251 M., Unterstüzung nach § 2c 425 M., Rechtsanw 168,70 M., anker-ordentliche Mitigation 21180,80 M., an die Hauptkasse 11064,11 M. und für lokale Zwecke 12884,88 M., insgesamt 60194,28 M. Die Einnahmen der Lokalkasse betragen inkl. des alten Bestandes von 168815,81 M., insgesamt 189101,51 M. Die Gesamteinnahmen der Lokalkasse beliefen sich auf 24761,59 M., so daß ein Kassendefizit von 164339,93 M. verbleibt. Unter den Ausgaben befanden sich unter anderem 6000 M. Unterstüzung an die Glasarbeiter, 500 M. Unterstüzung an die Steinwälder Weber, 5000 M. Vorlehn an andre

Gewerkschaften und 841 M. Unterstüzung nicht vollberechtigter Mitglieder. Im verfloffenen Quartal sind dem Verbande 2440 männliche und 56 weibliche Mitglieder neu beigetreten. Ein erfreuliches Merkmal weist die Abrechnung auch insofern auf, als die Zahl der bezahlten Beiträge auf 212818 M. gestiegen und demnach um ca. 18000 M. höher ist, als im 2. Quartal d. J. Trotz der gegenwärtigen schlechten Konjunktur ist die Zahl der Beiträge auch im fast 20000 M. höher als im 3. Quartal des Vorjahres, wo noch eine verhältnismäßig günstige Wirtschaftslage vorherrschte. Bemerkenswert ist ferner, daß die Ausgabe für Ortsunterstützung im verfloffenen Quartal um rund 2000 M. gestiegen, während andererseits die Ausgabe für Streik- und Wahregelungs-Unterstützung um fast denselben Betrag zurückgegangen ist. — Die Abrechnung wurde von den Revisoren als richtig bestätigt und auf deren Antrag dem Kassierer einstimmig die Decharge erteilt. — Eine längere Diskussion zeitigte die Wahl eines Revisors. In früheren Versammlungen wurde Pawlowitsch für diesen Posten gewählt, vom Hauptvorstande in Stuttgart aber nicht bestätigt. In der Diskussion wurde die Wiederwahl Pawlowitsch als Protest gegen das Verhalten des Hauptvorstandes befürwortet und schließlich auch eine Resolution angenommen, die sich gegen jedwede Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder seitens des Hauptvorstandes und des Ausschusses wendet. Als Revisor wurde sodann Pawlowitsch ziemlich einstimmig wieder gewählt. Als Revisoren wurden W. Freythal und Karl Schmidt gewählt.

Nach kurzer Debatte gelangte folgender von der Ortsverwaltung gestellter Antrag zur Annahme: „Die Mitglieder haben darauf zu achten, daß für die bezahlten Beiträge auch Marken gestellt werden. Bei etwa vorkommenden Unterstellungen erfolgt die Organisation höchstens 4 Wochenbeiträge.“ Durch diesen Beschluß sollen die Mitglieder gezwungen werden, von den Bestritten-Vertrauensmännern von Zeit zu Zeit ihr Mitgliedsbuch zwecks Kontrolle einzufordern.

Die Wahl des zweiten Bevollmächtigten wurde per Stimmentzettel vorgenommen. Von den 2204 abgegebenen Stimmen erhielten: Sirk 116, L. Müller 651, Scheffler 384, Wiesenhal 982; 71 Stimmen waren ungültig bzw. zerstückelt. In der Stichwahl wurde Wiesenhal mit 975 gegen 705 Stimmen, die Müller erhielt, als zweiter Bevollmächtigter gewählt.

In der Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter legte zunächst Junck, der jahrelang den Posten eines ersten Bevollmächtigten innegehabt hatte, dieses Amt nieder. Die Versammlung sprach dem von seinem Posten Scheidenden durch Erheben von den Plänen ihren Dank für seine aufopfernde Tätigkeit aus. Nach dem Bericht der Ortsverwaltung haben im dritten Quartal neun Versammlungen und neun Vorstandssitzungen stattgefunden. Die Einnahme betrug 11067,74 M., die Ausgabe 57168 M.; außerdem wurden noch 454,00 M. an den Hauptvorstand gefandt, so daß ein Bestand von 170,16 M. verbleibt. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Deuns als erster, Müller als zweiter und Vogel als dritter Bevollmächtigter; als Revisoren Fr. Keller, O. Weise und O. Ventin. Der Bericht des Bibliothekars wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Als Bibliothekar wählte die Versammlung Weise. O. Pig gab den Bericht von der Gewerkschaftskommission und wurde als Delegierter wieder gewählt. Danach wurden noch einige kleinere Verbandsangelegenheiten erledigt.

Am Abend vor der Schlacht!

Nicht weniger als neun von sozialistischer Seite einberufene Kommunalwähler-Versammlungen fanden gestern Abend in Berlin statt. Eine fast festliche Stimmung herrschte unter den zahllosen Anwesenden, die mit Zuversicht dem Resultate der heutigen Wahl entgegenzauen. In langen Wochen emsiger und mühevoller Arbeit hatten die Pioniere der Partei ihre Pflicht getan, Tausende und Abertausende von Flugblättern waren verbreitet worden, die Massen auf den Kampf vorzubereiten. Nun forderten die Führer von der Tribüne herab das Grob auf, am Tage der Schlacht ebenso seine Pflicht zu thun, und jubelnd versprachen es die Anwesenden.

Die Versammlungen verliefen durchaus programmäßig. Gegner hatten sich entweder gar nicht eingefunden oder wagten sich wenigstens in keiner Weise hervor. In den meisten Fällen wurde sogar von einer Diskussion abgesehen und man schloß die Versammlungen mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Der zweite Konkursverwalter der „Leipziger Bank“ ver-

Leipzig, 5. November. (W. Z. W.) Die „Leipziger Volksztg.“ teilt mit, daß der Konkursverwalter Justizrat Dr. Barth, der als zweiter Konkursverwalter im Konkurs der Leipziger Bank seines schwierigen Amtes waltete, ver-schwunden sei. Dr. Barth hatte namentlich die Angelegenheiten mit der Kasseler Treberggesellschaft zu ordnen. Die vielen Reisen, welche Dr. Barth zum Teil bis nach Bosnien, Rumland, Italien und Frankreich zu diesem Zwecke machen mußte, sowie die sonstigen angelegte geistige Tätigkeit, welche die Konkursverwaltung mit sich gebracht habe, hätten nach Angabe der Familie bei Dr. Barth derartige körperliche und geistige Abspannung hervorgerufen, daß eine Störung der Geistestätigkeit eingetreten sei. — Authentisches ist bis jetzt über die Angelegenheit nicht bekannt.

Amnestie.

Brüssel, 5. November. (W. Z.) Anlässlich der Geburt des Prinzen hat der Justizminister eine Liste von 500 Verurteilten zur Begnadigung dem König unterbreitet. Weitere Begnadigungs-gesuche werden erwogen.

Verschöpfung.

Manila, 5. November. (Telegramm des Reuterschen Bureaus.) In Moncada (Provinz Zafal) wurde eine weit-verzweigte Verschwörung entdeckt, in welche mehrere Mitglieder der Ortsverwaltung verwickelt sind. Verurteilt wurde die Verschwörung durch die Frau eines der Verschwörer. Ein Detektiv verdeckte sich in dem Hause, in welchem die Verschwörer ihre Zusammenkünfte abhielten, um ihr Verhalten zu beobachten. Eine Anzahl Personen wurden verhaftet, viele belastende Papiere wurden gefunden. Die Verschwörer beabsichtigten, am 1. Dezember gleich nach Sonnenuntergang ein Haus in Brand zu stecken, welches neben den amerikanischen Militärbaracken stand. Wenn dann die amerikanischen Soldaten zum Löschen herbeieilten, sollten 150 Verschwörer sich auf die Waage der Amerikaner stützen, sich ihrer Waffen bemächtigen und mit der Niedermegung der Soldaten beginnen.

Frankfurt a. M., 5. November. (W. Z. W.) Die Frankfurter Zeitung meldet aus New York: Im Pittsburger Distrikt sind 18 Hochöfen wegen Mangels an Coals ausgestellt worden und weitere werden folgen, da die Kohlen wegen Wagen-mangels nicht genügend Coalkrafttransport ansühren können.

St. Louis, 5. November. (W. Z. W.) Die Vertrauens-männer der Centralpartei haben heute an Stelle des freiwillig zurückgetretenen Kandidaten für die Reichstags-Wahlwahl im zweiten hessisch-nassauischen Wahlkreis Dr. Wedewer ein-stimmig den Landtags-Abgeordneten Eduard Fuchs als Kandidaten aufgestellt.

Moskau, 5. November. (W. Z. W.) In dem französischen Konsulat wurde ein Diebstahl begangen; Silbergeschmuck und Kleidungsstücke, sowie eine größere Summe Geld fielen dem Diebe in die Hände. Der Dieb, welcher im Mantel des Konsulatssekretärs mit besten Eshinderhut und Regenmäntel das Konsulat bei dem Parade-Ausgange verließ, fuhr in einem Koffer davon.

Gesamtparteitag der Socialdemokratie Oesterreichs.

Wien, den 4. November.

P o p p - Wien eröffnet die Sitzung.

Die Beratung über den neuen Programm-Entwurf wird fortgesetzt.

Der Korreferent

Steiner-Wien (Ezede)

gab namens der tschechischen Delegierten die Erklärung ab, daß diese sich auf den Boden des neuen Entwurfes stellen, weil er dem proletarischen Klassengefühl entspricht. Er begründet sodann zwei Zusatzanträge zu dem im Programm-Entwurf enthaltenen Einzelforderungen (II. Teil). Redner verlangte, daß neben der Forderung des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts auch die Forderung nach Direktwahlen aufgenommen werde. Die Forderungen auf dem Gebiete des Schulwesens sind dahin zu ergänzen, daß die Schule auch den Bedürfnissen und der Entwicklung der einzelnen Nationalitäten zu entsprechen habe.

Nach dieser kurzen Erklärung wurde in die Diskussion eingetreten. (Es sind 18 Redner zum Wort gemeldet und zwar 10 für und 8 gegen den Entwurf.)

Brod-Wien

spricht gegen den Entwurf. Abänderungen des Hainfelder Programms sind zwar notwendig, aber sie sollten nicht eine Abschwächung, sondern eine Verschärfung der theoretischen Sätze enthalten, weil die Verhältnisse sich verschärft und die wirtschaftlichen Gegensätze sich zugeeignet haben. Dr. Adler hat sich zwar dagegen verwahrt, daß er dem Bernsteinianismus Konzessionen gemacht habe; tatsächlich sind ihm aber Zugeständnisse gemacht worden und zwar in so hohem Maße, daß es den Widerspruch vieler Genossen hervorgerufen habe. Redner bestreitet entschieden, daß das Massenelend abgenommen habe, und verweist auf die Lunasche des Pferdeleischkonsums. Welcher Sozialist hat denn außer Bernstein behauptet, daß das Elend geringer geworden ist? Keiner! Der Genosse Aufobsky hat behauptet, wenn man vom Elend spreche, nehme man den Arbeitern den Lebensmut. Ich habe in den tausend Versammlungen, in denen ich gesprochen habe, immer vom Elend gesprochen und die Arbeiter sind deshalb nicht pessimistischer geworden. Selbst die bürgerlichen Oelomannen haben das Elend zu einem Naturgesetz gestempelt. Marx. Sie vergehen, daß ich den Roman ausdrücke (Weiterkeit), citiert mehrere solcher Oelomannen. Auch die bürgerlichen Sozialpolitiker, die über Frauen- und Kinderarbeit, über die Wohnungsfrage schreiben, wagen nicht zu behaupten, daß das Elend geringer geworden ist. Marx stellt der Accumulation des Reichthums die Accumulation des Elends gegenüber. Er spricht nicht nur vom physischen, sondern auch vom moralischen Elend. Die Degradierung des arbeitenden Menschen zum Knecht der Maschine ist der Hauptquell dieses moralischen Elends. Nur der Sturz des Kapitalismus und der Erfolg durch den Socialismus kann das Elend beseitigen. Auch durch die Organisation ist eine namhafte Einschränkung des Elends unmöglich. Redner tritt dafür ein, das Wort Sklaverei im Programm beizubehalten und nicht durch das Wort „Abhängigkeit“ zu ersetzen. Wollte man durchaus ein andres Wort haben, so sage man Lohnknechtschaft. Marx spricht zwar auch von Abhängigkeit, aber in ganz anderem Sinne. Ich verlange ja nicht, daß man den ganzen Marx abbrückt (Weiterkeit), aber Marx spricht von Abhängigkeit der Arbeiter im Zusammenhange mit dem Wilde, daß das Proletariat wie Prometheus an einen Felsen geschnitten sei und daß alle Tage ein Adler komme, um ihm die Leber abzuhacken. (Große Weiterkeit.) Dr. Adler ist ein gewandter Stilist; wenn er nicht solche Angst vor Bernstein hätte (Lachen), würde er schon ein andres Wort gefunden haben. Er hat eine revolutionäre Ader, aber die verstaubte Taktik! Er glaubt den Uebergezeiten zu spielen und fällt immer damit hinein. (Weiterkeit.)

Adler sagte gefiern, er wolle die reine Wahrheit sagen. Auch ich will ganz ehrlich sein und habe den Mut zu sagen: Adler hat in dem Entwurf Bernstein Konzessionen gemacht. Wir gehen da weiter als die deutschen Genossen, die in Lübeck gezeigt haben, daß sie Bernstein keine Konzessionen machen. Ich halte es taktisch für falsch, solche Konzessionen zu machen.

Nun zu der Frage der Diktatur des Proletariats. Zuerst hat einmal gesagt: So etwas sagt man nicht, so etwas thut man. Adler spricht sich so offen nicht aus. Aber auch er will das Wort von der Diktatur nicht aussprechen. Unter Diktatur des Proletariats braucht man nicht Revolution im Hegeladelsinne zu verstehen. Ich verstehe darunter nichts andres als unter Diktatur der Bourgeoisie, die Herrschaft einer bestimmten Klasse, mit andern Worten die Erringung der politischen Macht durch die Arbeiter. Bernstein läßt durchblicken, daß er die Arbeiterkraft dafür nicht für reif hält. Vor dem das Bürgerthum in Frankreich, als es Revolution machte, reif? Ich kann die Einwendungen Adlers nicht gelten lassen und meine, die Erringung der politischen Macht hätte an die Spitze des Programms gestellt werden müssen. Weiter wünsche ich, daß das Wort „genossenschaftlich“ um Abänderungen vorzubringen, in socialistisch oder gesellschaftlich geändert wird. Ich bleibe ein verborteter Marxist. Alle Kritiker des Marx, Bernstein mit einbegriffen, haben noch nicht den zehnten Teil von dem geleistet, was Marx in einem einzigen Kapitel geleistet hat. Und wenn die Praktiker sich darüber lustig machen, so lache ich darüber, weil sie nichts davon verstehen. Schließlich wünsche ich noch, daß im Programm deutlich zum Ausdruck gelangt, daß die Socialdemokratie die religiösen Gefühle des Einzelnen respektiert. Werden meine Wünsche respektiert, so können wir den Entwurf annehmen. (Bravo.)

Aufobsky-Wien VI:

Wenn das Programm überhaupt einmal geändert wird, sollte es so geändert werden, daß es nicht nur die Theoretiker, sondern jeder Arbeiter verstehen kann. Den Satz im Hainfelder Programm von der steigenden Massenarmuth und der wachsenden Verelendung immer breiterer Volksschichten habe ich im Sinne absoluter Verelendung verstanden, wie es Brod heute noch versteht. Dieser Satz stimmt aber nicht zusammen mit dem weiteren Satz des Hainfelder Programms: „Das Proletariat politisch zu organisieren...“ es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten ist das eigentliche Programm der Socialdemokratie.“ Wie kann dieses Programm erfüllt werden, wenn das Elend absolut steigt? Ich war 1888 uau und erklärte mir den Widerspruch mit der Rücksicht auf den Staatsanwalt, zumal ich damals gerade das kommunistische Manifest gelesen hatte, das auf dem Standpunkt des absoluten Elends steht und den gewaltthätigen Umsturz will, wenn auch nicht von heute auf morgen. Die Thatsachen haben mich gezeigt, daß es nicht richtig ist, daß die Verelendung von Jahr zu Jahr steigt. Jedenfalls sollten wir uns im Programm vor Prophezeiungen hüten. Die revolutionäre Triebfeder liegt in der steigenden Abhängigkeit des Arbeiters vom Kapital. Das bringt der Entwurf sehr glücklich zum Ausdruck. Der Kern der socialdemokratischen Partei sind die sowohl gewerkschaftlich wie politisch organisierten Arbeiter, deren Widerstandskraft gegen die niederdrückenden Tendenzen des Kapitalismus ständig wächst. Die Buchdrucker, ja, die Bergarbeiter glauben es uns nicht, wenn wir ihnen sagen, daß es ihnen von Jahr zu Jahr schlechter gehen wird. Aber auch die indifferenten Arbeiter kann man durch so trostlose Aussichten nicht zu Kämpfern erziehen. Selbst den Geimararbeitern kann es besser gehen, wenn sie sich organisieren. Wir können also nicht sagen, daß das Elend immer mehr anwächst. Aber die Unzufriedenheit wächst und das bringt uns neue Kämpferscharen. End

denn unsere besten Genossen etwa die, denen es ökonomisch am schlechtesten geht? (Bravo!)

Heller-Wien:

Ich halte es für taktisch nicht klug, wenn Genosse Brod behauptet, Adler habe in seinem Entwurf bewußte oder unbewußte Bernsteinereien getrieben. Wir sind alle durch Adlers Schule gegangen und sein Verdienst ist es, wenn die österreichische Partei die intransigenteste Partei innerhalb der Internationalen ist. Also von vornherein kann man nicht behaupten, daß Adler irgend etwas mit dieser verschwommenen, rüdgatlosen Richtung zu thun hat, die seinem Wesen so gründlich widerspricht. Dieser neue Bernsteinische Utopismus hat bei uns nicht viel Anhänger. Er tobt sich bei uns in den „Deutschen Worten“ unter Ausschluß der Öffentlichkeit aus. Ich halte eine Programmänderung für völlig überflüssig. Es liegt auch gar kein Beschluß vor, den principielle Teil des Programms zu ändern. Alle Wünsche und Beschlüsse auf Änderung bezogen sich auf den praktischen Teil. Adler ist in seinem innersten Herzen starrer Dogmatiker, aber den Anzug trägt er gern nach der neuesten Mode. (Weiterkeit.) Nun sagte er sich, wenn geändert wird, dann müsse nach der neuesten Mode geändert werden. Dazu das Wort „genossenschaftlich“, das der Bernstein in dem Sinne, wie es hier gemeint ist, zuerst aufgebracht hat. (Widerspruch.) Es ist der einzige Erfolg, den Bernstein erzielt hat, daß in den Köpfen einzelner, auch der klügsten Genossen, sich die Vorstellung festgesetzt hat, sie seien wirklich einmal so dumm gewesen, wie er sich glauben machen will. Bei uns ist nie das Elend gepredigt worden, nie ist gehult und geklagt worden, stets ist nur aufgereizt worden. Aus allen Reden unserer Führer klang die Siegeszuversicht heraus. Für die Änderung des Programms liegen, wie Adler selber gesagt hat, nur ästhetische Gründe vor. Wir sind aber kein Verein von Westheilern, sondern eine Kampfpartei. Der Entwurf mag ästhetisch sehr schön sein, aber als Kampfsatz gefällt er mir nicht so, wie das alte Programm. Wir können den Entwurf nicht losgelöst von Raum und Zeit beurteilen, sondern müssen vergleichen. Die neue Fassung, die von „steigender Abhängigkeit“ der Arbeiterklasse spricht, ruft nur mißverständliche Auslegungen hervor. Ansohlt ist ein klassischer Zeuge dafür. Hat er doch gesagt, wenn die Krisis vorbei sei, sei auch das Elend vorbei. (Auf: Das durch die Krisis hervorgerufene Elend.) Wer will bestreiten, daß sich die Gegensätze immer mehr zuspitzen. Die Abhängigkeit vom Kapital, und das Elend, nimmt beständig zu, immer breitere Massen geraten in diese Abhängigkeit. Immer größer wird die Unsicherheit der Existenz, die Angst, in die unterste Elendschicht, in das Inferno hinabgestoßen zu werden. (Sehr richtig!) Was sollten wir auch anfangen, welche Hoffnung hätten wir, wenn die Gegensätze sich nicht zuspitzen. Dann würde das Hineinwachsen in den Kapitalismus eine Anpassung an den Kapitalismus werden. (Rebhafte Zustimmung.) Dann brauchen wir uns nicht mehr Socialdemokraten, sondern könnten uns, ich weiß nicht wie nennen. (Auf: Socialistische Reformpartei! Radikal-socialisten!) Der principielle Teil des Programms ist kein bloßes Vorabeständ. Das ist ja gerade die Unwahrscheinlichkeit der Bernsteinerei, daß sie die Wahrung vor der Wissenschaft untergründet. Adler sagte über dem Programm siehe: Ich beleue. Bei vielen Parteigenossen steht jetzt darüber: Ich unterschreibe, aber ich lege aus. Diesen Unterlegungs- und Auslegungsstücken gegenüber wollen wir einen Niegel vorschleiben. Die Erfahrungen, daß in Deutschland diese Auslegungsstünfte bis zum Elend getrieben worden sind, zwingt uns dazu. In unserem Kampfe brauchen wir Kampfeszuversicht und Siegeszuversicht. Parteigenossen, ich frage Sie, sind Ihnen nicht schon Augenblicke der Depression, der Niederdrückung gekommen, wo Sie verzagt waren, weil Ihnen die Entwicklung viel zu langsam geht? In solchen Augenblicken haben wir immer neue Kraft und Siegeszuversicht aus dem Programme geschöpft. Das Hainfelder Programm war eine solche Quelle der Aufmunterung. Kündern wir das Programm, so ist die Hauptbedingung, daß auch die neue Fassung zur Quelle kampfesfreudiger Begeisterung wird. (Rebhafte Beifall.)

Bernerstorffer-Wien:

Es ist ein alter Satz, daß man mit guten Gesetzen schlecht und mit schlechten Gesetzen gut regiert werden kann. Das gilt auch für Parteiprogramme. Ein Programm kann glänzend und die Bewegung doch schlecht sein. Deshalb teile ich im drohenden Gegensatz zu meinem Vordemner nicht diese leidenschaftliche Ueberzeugung von dem ungeheuren Wert eines Programms und seiner theoretischen Begründung. Dagegen halte ich eine Diskussion über das Programm für sehr erwünscht. Das theoretische Interesse, das in den letzten zehn Jahren angestrengtester politischer Thätigkeit sehr zurückgegangen war, ist wieder erwacht. Wenn unsere Revision des Programms nur diesen Erfolg gehabt hätte, hätte sie schon gute Frucht gezeitigt. Es handelt sich nicht nur darum, das socialistische Bewußtsein unserer Genossen zu stärken, nein, es vielsach erst bei den Genossen zu wecken. Durch die stete Wiederholung bestimmter Sätze und Wendungen wird das aber nicht erreicht. Der Wert theoretischer Sätze liegt darin, daß sie unablässig diskutiert werden. Den Entwurf der Kommission kann ich, von Unreifeblößen abgesehen, unterschreiben. Er löst den gegenwärtigen Stand unserer wissenschaftlichen Erkenntnis in Bezug auf die Entwicklung der Gesellschaft sehr gut zusammen. Dabei dürfen wir uns nicht verhehlen, daß auch diese Sätze nur Hypothesen, wenn auch von größter Wahrscheinlichkeit sind. Absolute Sicherheit im Sinne der exakten Wissenschaft geben sie nicht. Allein von der Nichtigkeit oder Unrichtigkeit der von uns angenommenen Theorien hängt nicht die Ue- und Grundfrage des Socialismus ab, das sogenannte Endziel. Beweiz müssen wir zu geben, daß jene theoretische Grundlage, die Marx und Engels gegeben, die Entwicklung und Kraft der Partei verursacht haben. Aber jetzt sind es nicht mehr die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse allein, die die kapitalistische Fassung berennen. Die Partei hat jetzt auch innere Eigenschaften gewonnen, die die privatkapitalistische Fassung berennen. Diese Fassung wird jetzt durch die Bewegung selbst bestimmt und die in der Bewegung aufstehenden Sittlichkeitsideale. Diese Ideale sind nicht aus der Welt zu schaffen und wirken als eine mächtige Potenz. Auch die, welche diese idealen Momente von der Tribüne verflüchten, bedienen sich ihrer in Wort und Schrift bei ihrer praktischen Thätigkeit. Bei dem letzten Wahlkampf ist mit dem Begriff der Gerechtigkeit stark operiert worden, nicht mit der Elendstheorie und der Katastrophentheorie. Ist es denn wahr, daß wir unsere alten Theorien alle aufrecht erhalten haben? Hat sich nicht der Begriff Internationalismus geändert? Vor 20 Jahren sprach man vom Internationalismus im Sinne der Bewußung der Nationen. Heute erkennt man die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Nationalitäten an. Die Art, wie der Vordemner von Bernstein gesprochen hat, war durchaus unangebracht. Wenn man ihn hörte, hätte man glauben sollen, kein Hund darf von Bernstein ein Stück Brot nehmen, so ein schlechter Kerl ist er. (Heller Ruf: Das habe ich nicht gesagt.) Der Vordemner hat die Bernsteinianer der Unaufrichtigkeit beschuldigt, er ist direkt persönlich geworden. (Zustimmung des Genossen Elendbogen.) Wir sind es ja gewohnt, die Bernsteinianer sind wissenschaftlich zurückgebliebene Leute, wenn man sich glimpflich ausdrückt. Wirkliche. Jetzt bleibt es nicht allein dabei, sie sind auch schlechte Kerle. (Widerspruch von Heller.) Es wird mir doch erlaubt sein, auf diese Vorwürfe in ganz leiser Form zurückzukommen. (Elendbogen: Erst kämpfen und dann zurückziehen.) Es ist auch ein Charakteristikum der Orthodoxen und Genosse Heller nimmt ja in der Hierarchie schon einen bedeutenden Rang ein (Weiterkeit), daß sie eine Entgegnung nicht vertragen können. Der Socialismus ist nicht Wissenschaft, er kann es nicht sein, wie jede Bewegung. (Wrod: Ich bitte ums Wort! [Große Weiterkeit].) Er hängt mit der Wissenschaft zusammen. Er hängt aber von der Wissenschaft nicht ab in dem Sinne, daß die Unrichtigkeit einzelner Sätze im Programm seine Undurchführbarkeit niemals beweisen könnte. Die Bethätigung

der kämpfenden Partei wird durch die Theorie natürlich gefördert. Sie liefert die Waffen für den Kampf. Werden diese aber einmal rostig, so pugt man sie frisch. Seien wir deshalb alle auf der Hut vor starrem Dogmatismus und starrer Stegerichterei. Machen wir es nicht so wie die katholische Kirche, und sagen wir nicht: Wir ändern und zwar, aber wir gestehen es nicht ein. Das Entscheidende für die Zugehörigkeit zur Partei ist die Anerkennung des Endziels und die thätige Arbeit zu diesem Ziel. Die Stellung zur Verelendungstheorie, zur Katastrophentheorie, zur Frage der Diktatur des Proletariats, kommt erst in zweiter Linie. Ich bedauere deshalb, daß man Bernstein die Freiheit der Kritik hat beschneiden wollen. In Fragen der Theorie giebt es nur eine absolute Freiheit der Kritik oder gar keine Freiheit. Ich gelte bloß deshalb hier als Bernsteinianer, weil ich mich dagegen ansehe, daß ein Mann, der nach seiner ganzen Bethätigung und wissenschaftlichen Bedeutung keinen Zweifel läßt, daß er ein echter und rechter Parteigenosse ist, so behandelt wird, wie hier geschehen. (Auf: Es ist ihm ja nichts geschehen!) Nun, er ist noch nicht aufgehängt worden. (Weiterkeit.) Heller sagte, ihn solle das Treiben der Bernsteinianer an, um, es kann einem auch das Treiben auf der andern Seite eilig werden. So lange wir für die Arbeiter auf dem Boden des Klassenkampfes kämpfen, ist gar keine Gefahr, daß wir das socialdemokratische Endziel aus dem Auge verlieren. Die theoretischen Diskussionen schaden nichts. Je sanftmüthiger wir uns streiten, um so mehr werden die andern Parteien die Ueberzeugung gewinnen, daß es sich bei uns nicht um kleinlichen Selbsteigens, sondern um die mächtigste Bewegung unserer Zeit handelt. Wir können begreifen aus der Entwicklung, die Entwicklung aber nicht vorschreiben. Auf die Gefahr hin, von manchem unter Ihnen nicht als vollständig angesehen zu werden, habe ich mich verpflichtet gefühlt, das hier anzusprechen. Gegen den Programm-Entwurf habe ich nichts einzuwenden. Ich wünsche nur nicht, daß von einem Programm gesagt wird: Das ist nun die reine, unversälfchte Wahrheit. In die macht Ihr nun glauben. Ich bin überzeugt, der socialistische Gedanke bricht sich weiter Bahn. Die Partei geht weiter vorwärts mit oder ohne Nichtigkeit einzelner Programmätze. (Beizeuzelter Beifall.)

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission ergiebt die Anwesenheit von 163 Delegierten, darunter acht Frauen und fünf Gäste. So zahlreich war noch nie ein Gesamtparteitag beschickt. (Mittagspause.)

In der Nachmittagsitzung wird die Diskussion über den Programm-Entwurf fortgesetzt.

Karl Kantshy

dankt zunächst für die warme Begrüßung, die der Vorstand ihm am Eröffnungstage hat zu teil werden lassen. Er fühle sich als Sohn der österreichischen Partei, der er die ersten tiefsten Eindrücke verdanke und dankbare Gefühle immer bewahren werde. Zur Sache selbst führt er aus: Ich habe allen Parteitag, die sich mit dem Programm beschäftigt haben, beigewohnt. Der diesmalige Parteitag zeigt eine erfreuliche Weiterentwicklung der Partei. Eine solche Programmdiskussion wie die heutige wäre in Hainfeld unmöglich gewesen. Die Partei ist jetzt so stark und innerlich gefestigt, daß alle Differenzen hier offen zum Ausdruck gebracht werden können. Und diese Differenzen sind wirklich recht geringfügiger Natur. Adler hat mit Recht gesagt, das Bedürfnis zur Programmänderung ist nur aufgekommen, um für neue Stimmungen einen neuen Ausdruck zu finden. Ich habe deshalb auch nicht Lust, auf größere Differenzpunkte einzugehen und halte es nicht für angebracht, die Bernstein-Debatte hier fortzuführen. Wollen Sie eine solche, so müssen Sie sie auf eigene Kosten bestreiten. Wir in Deutschland sind froh, daß wir den Debatten einen äußerlichen Abschluß geben konnten und nichts wäre uns lieber, als wenn wir sie immer beseitigt hätten. Ich will deshalb auch nicht mit Bernerstorffer diskutieren, um so weniger, als es mir ja nicht verdammt ist, mit ihm dauernd zusammen zu arbeiten. Gegen den Entwurf habe ich im großen und ganzen nichts einzuwenden. Trotzdem ich ihn mir mit der Lupe angesehen habe, habe ich in ihm keine Bernsteinerei gefunden. Es sind Abschwächungen vorgenommen worden, aber nur Abschwächungen in der Form, nicht in der Sache. Ich denke, Adler wird noch mit sich handeln lassen und wir werden zum Einvernehmen kommen. Es handelt sich hier nicht bloß um den neuen Entwurf. Das Hainfelder Programm existiert und wir müssen den Entwurf damit vergleichen. Adler will solche Vergleiche nicht. Das ist sehr schmeichelehaft für das Hainfelder Programm, denn er würde diesen Wunsch nicht äußern, wenn er nicht fürchtete, daß der Entwurf bei dem Vergleich schlecht wegkommen würde. Wir wissen nun alle, daß Adler kein Bernsteinianer ist. Aber wir machen Programme für die Welt da draußen, die wir erobern wollen. Das ist besonders wichtig im gegenwärtigen Moment. Heute denkt die Bourgeoisie nicht mehr daran uns gewolltman niederzuschlagen. Allerdings meine ich, daß sie auch wieder dahin kommen wird, uns niederzuschlagen zu denken, aber erst im letzten Moment, als That nicht der rühmlichen Ueberlegung, sondern der Verzweiflung. Vorläufig denkt sie anders mit uns fertig zu werden und zwar indem sie uns zu discreditiert sucht, indem sie den Massen den Glauben beibringen sucht, wir seien innerlich gespalten, wir glaubten selber nicht mehr an das, was wir lehren. Gegenüber dem Skeptizismus der Bourgeoisie machte gerade unsere feste Ueberzeugung, unsere Siegeszuversicht, unsere Selbstsicherheit früher Eindruck auf die Massen. Da sollten wir kein Mißverständnis aufkommen lassen. Aber gerade darin ist in letzter Zeit viel gefündigt worden; viele Aenderungen sind gefallen, die nun ausgebeutet werden, um den Glauben an unsere Skeptizismus, an unsere Schwachheit in die Massen zu tragen. (Sehr richtig.) Wenn wir uns auch nicht vorschreiben lassen wollen, was wir denken, so müssen wir doch die Form, in der wir unsere Ansichten aussprechen, nach diesem Gesichtspunkt einrichten. So wie wir, wenn das Damoclesschwert eines Ausnahmefalles über uns schwebt, nicht durch frivole Aeußerungen den Feind reizen dürfen, so dürfen wir in der heutigen Zeit auch nicht Bedenken äußern, die der Gegner zum Beweiz benutzen kann, daß wir den Glauben an uns selbst verloren hätten. Das gilt für die Literatur, das gilt auch für die Programme. Von diesem Gesichtspunkt aus haben wir auch diesen Entwurf zu untersuchen. Wir dürfen nicht sagen, wir haben ihn nur gemacht, weil es uns so gefreut. Das wird uns niemand glauben. Wir müssen vorzüglich sein bei allen Aenderungen, welche nicht aus formellen Gründen erfolgen, sondern Abschwächungen darstellen. (Sehr richtig.) Wenn Adler mir vorwirft, daß ich mich gegen den Fortfall des Wortes „Elend“ erklärt habe, so ist es für mich persönlich selbstverständlich ganz gleichgültig, ob „Elend“ oder „Abhängigkeit“ das heißt. Ich habe nicht das Bedürfnis nach höflichen Aeußerungen und beanstehe mich nicht an Phrasen. (Adler: Gewiß nicht.) Ich wende mich nur deshalb gegen diese Aenderung, weil die Vermutung nahe liegt, man wird dann annehmen, daß wir die Klassengegenstände nicht mehr für so drohro, wie früher halten. Ist das der Fall, so soll man es offen sagen; hält man es nicht für richtig, so soll man auch den Ausdruck nicht ändern. Gälte im Hainfelder Programm „Abhängigkeit“ gestanden, so hätte ich keinen Grund zu verlangen, daß es jetzt „Elend“ heiße. Aber das gilt auch umgekehrt. (Sehr richtig.) Die größte Abschwächung hat der Satz von der Verelendung erfahren. Sonderbar, daß wir uns gerade über die Elendstheorie so viel streiten, obwohl wir gerade darin alle einig sind. Mit Bernstein stimme ich nicht in vielen Dingen überein, aber in der Verelendungstheorie sind wir sachlich durchaus einig. Auch hier sind wir, bei Lichte betrachtet, alle durchaus einig darin. In meiner Kritik in der „Neuen Zeit“ habe ich darüber gesagt: An der neuen Fassung erscheint als Inhalt der socialdemokratischen Bewegung der Kampf um ein rascheres Tempo im Steigen

der Lebenshaltung der Arbeiterschaft. Der Wohlstand der Arbeiterschaft steigt, so kann man den Satz des Entwurfs aufheben; aber er steigt nicht ganz so rapid, wie die rasch steigende Produktivität der Arbeit, der Wohlstand der Kapitalisten steigt schneller als der der Proletariat, und darüber sind diese verschlüsselt und deshalb wollen sie an Stelle der kapitalistischen die sozialistische Produktionsweise setzen. Dieser Satz ist Adler in der Reihe gefahren und hat ihn ebenfalls verschlüsselt. Aber ich glaube, dieser Schuppen hat gar keine Berechtigung. (Weiterleit.) Denn dieser Satz richtet sich nicht gegen Adler, sondern gegen ganz andre Leute, die die Stelle im Entwurf so aufgefaßt haben, wie ich es charakterisierte. Zum Beispiel Genosse Herz in den „Socialist Monatsheften“. Die Stelle im Entwurf ermöglicht also neue Mißverständnisse. Adler sagt: Der neue Satz über die Verelendung mag mißverständlich werden, aber er ist wissenschaftlich tadellos; der alte Satz im Hainfelder Programm kann gleichfalls mißverständlich werden, aber er ist nicht einmal wissenschaftlich tadellos; ihn kann man nicht mehr unterschreiben. Darin weiche ich von Adler ab; ich würde den alten Satz auch heute ruhig unterschreiben, wenn ich auch zugeben will, daß ich ihn eine andre Fassung geben würde, falls ich ihn heute zu schreiben hätte. Aber richtig ist er auch so, wie er da steht. Freilich darf er nicht so verstanden werden, wie es heute einige Redner gethan haben. Wie lautet der Hainfelder Satz? „Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln bedeutet ökonomisch steigende Massenarmut und wachsende Verelendung immer breiterer Volks-schichten.“ Würde in dem Satze das Steigen der Massenarmut, das Wachsen der Verelendung als vollendete Thatsache hingestellt, dann würde ich mich gegen ihn wenden. Aber über die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung kenne ich, daß das Hainfelder Programm gerade die Verelendungstheorie überwunden hat. Diese Verelendungstheorie trat auf in Oestreich, als nach dem Socialistenkrieg alle Hoffnung auf friedlichen Fortschritt verschwunden war, als die rabiate Stimmung nach Oestreich hinüberströmte und der Glaube an die baldige Revolution erlosch. Da begann jene Katastrophentheorie und im Zusammenhang damit die Verelendungstheorie, die eben nur haltbar ist, wenn man meint, daß das Proletariat der Verzweiflung zueilt, und daß diese Verzweiflung die Ketten sprengen wird. Wer war es denn, der sich gegen diese Katastrophentheorie gewandt hat? Das waren wir Marxisten, die in den achtziger Jahren den Kampf gegen diese Theorie geführt haben. (Sehr richtig.) Was Anstoß heute gegen die Verelendungstheorie gefügt hat, das haben wir vor zehn, zwanzig Jahren hundertmal gesagt. (Sehr richtig.) Als die Katastrophen- und Verelendungstheorie überwunden war, da war die Zeit für das Hainfelder Programm gekommen. Und deshalb kann jener Satz nicht bedeuten, daß das Proletariat in steigendem Maße im Elend verfinke. Auf dem Einzelbesitz an Produktionsmitteln liegt der Nachdruck. Das steigende Elend wird nicht als Thatsache bezeichnet, sondern als Anklage verhandelt gegen das Privateigentum an Produktionsmitteln. Es wird in ihm gesagt, so lange dieser Einzelbesitz an Produktionsmitteln nicht eingedämmt wird, so lange muß auch das Elend wachsen. Jede ernste Socialreform aber ist eine Einschränkung des Privateigentums, und nur so können dem Elend Schranken gezogen werden. Aber ich gebe zu, der Satz kann mißverständlich werden. Beide Sätze, der Hainfelder wie der im Entwurf, sind einseitig, zusammen erst geben sie eine vollkommene Theorie. Der eine ist der Vorderfuß, der andre der Nachfuß. Ob sie sich vereinigen lassen werden, weiß ich nicht. Wenn ich aber die Wahl zwischen beiden habe, würde ich den Hainfelder immer noch beibehalten, weil er unentbehrlich ist für unser Programm als Socialdemokratie, während der andre Satz verträglich ist auch mit dem Programm einer radikalen Arbeiterpartei. (Bravo.) Das ist für mich der wichtigste Punkt; auf den andern will ich nicht näher eingehen. Noch eine principielle Differenz besteht zwischen mir und Adler. Aber hier handelt es sich um eine Doktorfrage, die für die Agitation von geringerer Bedeutung ist und von den Gegnern nicht ausgeschlachtet werden kann. Ich beschränke mich auf eine kurze Andeutung. Es ist richtig, daß die Arbeiter für sich allein den socialistischen Gedanken nicht erzeugen. Erzeugt wird in ihnen der socialistische Instinkt, das Bedürfnis nach Socialismus. Aber zu der theoretischen Einsicht, die den socialistischen Instinkt zur socialistischen, zur wissenschaftlichen Ueberzeugung macht, dazu fehlen dem Proletariat die Vorbedingungen wissenschaftlicher Arbeit. Diese Ueberzeugung ist geboren in den Köpfen bürgerlicher Gelehrten, die unabhängig war von den Bedürfnissen der Bourgeoisie. Es ist richtig: Saint Simon, Fourier, Owen, Lassalle, Marx, Engels waren bürgerliche Gelehrte. Aber ihre Theorien waren Theorien, bloße Spielereien geblieben, wenn sie nicht von hochbegabten Proletariern in die Arbeiterklasse getragen, wenn sie die Arbeiterbewegung nicht befruchtete und innig mit ihr verschmolzen wären. Dadurch ist eine neue Denkweise entstanden, in der nicht nur die Arbeiter von den bürgerlichen Gelehrten, sondern umgekehrt auch die socialistischen Theoretiker von den socialistischen Arbeitern zu lernen haben. Aus der Verbindung der socialistischen Theorie mit der Arbeiterbewegung ist die socialdemokratische Denkweise entstanden, an deren Ausarbeitung das Proletariat ebenso beteiligt ist, wie die bürgerlichen Theoretiker des Socialismus. Und diese Denkweise ist es, die unser Programm beherrscht, die uns immer zum Siege geführt hat. Sie herrscht im alten Hainfelder Programm, sie herrscht auch im neuen Programm. Und weil sie dort herrscht, dürfen wir erwarten, daß sie ebenso ein glorreicher Abschnitt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung sein wird, als das Hainfelder Programm einen glorreichen Abschnitt dieser Geschichte eingeleitet hat. (Lebhafter Beifall.)

Remec-Brag

Spricht sich für den Programmwandel. Der Entwurf bedeutet keine Abschwächung. Der Streit um die Elendstheorie ist mehr ein Streit um Worte, als um die Sache. Redner verwahrt sich gegen die Anschuldigungen Bernerstorffers. Seine Ausführungen haben ihn die Gefahr der Vernachlässigung erkennen lassen. Wegen der Ausführungen Bernerstorffers muß Stellung genommen werden, da sie von Elementen ausgenutzt werden, die keinen Platz in den bürgerlichen Parteien haben, denen aber die Socialdemokratie zu weit vorgeschritten ist. Wegen der Vernachlässigung muß Stellung genommen werden, denn weil wir ihn so lag behandelt haben, ist es gekommen, daß er auch bei uns in Oestreich schon Eingang gefunden hat. (Beifall.)

Winarzky-Wien:

Bernstein hat bei dem Entwurf Gedatter gestanden, die Diskussionen in der Bernsteinstage haben ihren Einfluß auf die Programmkommission gehabt. Ich will nicht sagen, daß der Entwurf bernsteinisch ist, aber einige der Änderungen muß man als Konzessionen an den Bernsteinismus bezeichnen. Zunächst wende ich mich gegen die Umverteilung der Größer Agrarresolution in den Programmwandel. Wir haben diese Resolution nur als bescheidene Auleitung zur Landagitation aufgeföhrt. Das Programm gehört sie nicht hinein. Sie ist theoretisch ungenügend und paßt nicht hinein. Ich schlage vor, sie aus dem Programm wegzunehmen. Sie soll bleiben, was sie war, eine Anleitung für die Landagitation für die deutschen Genossen. Was den Inhalt des Programms anlangt, so meine ich, die Tendenz des Kapitals, immer größere Verelendung der Arbeiterklasse, muß im Programm scharf und klar zum Ausdruck kommen. Im Hainfelder Programm war das der Fall, im neuen Entwurf nicht. Der Satz aus dem Hainfelder Programm muß herübergenommen werden. Ebenso verwerte ich die Änderung „genossenschaftliche Produktion“. Für das Wort genossenschaftlich muß das Wort socialistisch gesetzt werden. Das um so mehr, als kein Wort von der Eroberung der politischen Macht in dem Entwurf steht. Gewiß ist das eine Selbstverständlichkeit, aber auch Selbstverständlichkeiten gehören in das Programm. Die Worte „gebührender Einfluß“ gemäßen nicht. Soll mit den Worten nur die Kleinarbeit gemeint sein, so gehören sie nicht in den principielle Teil. Es sind eine Anzahl Anträge eingebracht worden. Ich meine, alle diese Anträge müssen einer Kommission überwiesen werden, die den Entwurf noch einmal redigieren muß. Bernerstorff ist für den Entwurf eingetreten, aber er hat wohl der Kommission keinen Dienst erwiesen.

(Sehr richtig.) Bernerstorff hat sozusagen den Schatten Bernstein zuerst herausbesprochen. Niemand hatte Bernstein angegriffen, auch dem Genossen Heller ist es nicht eingefallen Bernstein in den Kot zu ziehen. Bernerstorff hat von Dogmenfanatikern und Orthodoxen gesprochen, er scheint mir ein Fanatiker der Kritik zu sein. Nach Bernerstorff ist es das Schicksal an dem neuen Programm, daß es wieder einmal Stoff zu neuen Diskussionen geben kann. (Weiterleit.) Wir verlangen von einem Programm mehr. (Sehr richtig.) Hat Bernerstorff recht, so verweisen wir alle Grenzlinien für die Parteithätigkeit. Vebel hat nach dem Lübecker Parteitag einen Artikel in der „Neuen Zeit“ geschrieben, in dem es heißt: Keine Partei kann es auf die Dauer ertragen, wenn ihre Grundlagen fortgesetzt in Zweifel gezogen und in einer Art kritisiert werden, die den Anschein erweckt, daß die Kritik nur aus Lust an der Kritik geübt wird. Diesen Satz können wir Wort für Wort unterschreiben. (Lebhafter Beifall.)

Emmerling-Wien

warnet vor Uebertreibungen bei den Angriffen auf das Programm. Selbst Kautsky hat sich solcher Uebertreibung schuldig gemacht. Principiell ist nichts geändert worden. Wer solche principielle Änderungen darin sieht, der beweist nur, daß er Furcht hat, schon zu sehr sich von Bernstein hat umgarnen lassen. Redner tritt im allgemeinen für den Entwurf ein, polemisiert gegen die Anhänger der Theorie von der absoluten Verelendung, wärsat aber, daß das Wort „genossenschaftlich“ in „socialistisch“ abgeändert werde und die Er-ringung der politischen Macht zum Ausdruck kommen müsse. Bernerstorff sei nicht allfällig gewesen. Die Bassen brauchen nicht gepugt werden, denn es hat sich noch kein Kost angelegt. Zu vieles Pugen kann die Basse untauglich zum Dreinschlagen machen. Das Programm muß ein Leitstern sein. Sein Inhalt muß sehr sorgfältig erwogen werden. Im praktischen Teil muß Stellung zur Kirche genommen werden. Alle Aufwendungen aus öffentlichen Mitteln für Kirchen müssen abgehafft werden. Wir müssen Zurückzahlung der kirchlichen Vermögens verlangen. Diese Kapitalkonzentration in den Kirchen-gütern und industriellen Anlagen der Kirche ist geradezu eine Gefahr geworden. Dem Antrag auf Wahl einer Redaktionskommission schließe ich mich an.

Stein-Wien (Gehe):

In Brüm ist nur von einer Ergänzung des Programms im praktischen Teil, nicht von einer Revision die Rede gewesen. Trotzdem ist eine Revision vorgenommen worden. Ich halte sie nicht für notwendig. Das Hainfelder Programm hätte seine Schuldigkeit noch lange gethan. Der Bernsteinismus ist kein socialistisches System, keine abgeschlossene Lehre, er hat aber das Bestreben, den Arbeitern die heutige Gesellschaft verdaulicher zu machen. Dieses Bestreben sehe ich auch in dem Entwurf und deshalb kann ich nicht für ihn stimmen.

Dr. Ellenbogen-Wien:

Ich bin Mitglied der Entwurfskommission, aber ich muß mich gegen den Referenten und seine Begründung wenden. Die Thatsache, daß auf den Entwurf ein allgemeines Freischießen eröffnet worden ist, ist meines Erachtens kein Grund, die Anschauungen, die zur Aenderung des Programms geführt haben, hier von der Tribüne preiszugeben. Ich konstatiere, daß Gründe für die Programmänderung vorhanden waren. Wir sind der Meinung, daß manches präciser als früher ausgedrückt werden muß. Ich bin kein Bernsteinianer, ich bin überhaupt kein Janer, höchstens ein Anti-Janer. Ich lasse mich nicht auf augenblicklich auftauchende Anschauungen einzwängen, sondern prüfe alles und bilde mir dann meine Meinung. Also nicht nur ästhetische Gründe sprechen für die Programmänderung. Theoretisch hat Adler recht, wenn er sagt, wir müssen warten, bis die Bauern zu uns kommen. Aber wir müssen etwas dazu thun, daß dieser Zeitpunkt so rasch als möglich eintritt. Wir müssen der Landbesitzer in den gemischten Wahlbezirken Antwort geben. Deshalb müssen wir im Programm etwas über die Agrarfrage sagen.

Rum zur Verelendung. Einige Genossen haben eine furchtbare Scheu vor einer Aenderung des Programms. Ich habe diese Scheu nicht. Vebel hat sie auch nie gehabt. Er hat immer offen und ehrlich bekant, daß er seine Anschauungen geändert. Deshalb gerade schäme ich unsern Vebel so hoch. Niemand hat dieses sein Auftreten der Partei geschaedert. Von diesem Gesichtspunkt aus konstatiere ich, daß die Bernstein-Diskussion zwar keine besonders hervorragenden Umwälzungen hervorgerufen hat, aber das Verdienst hat sie, daß sie gewisse Anschauungen, die wir haben, und nimmere mit der nötigen Präcision ansprechen läßt. Selbst unter den Delegierten hier besteht noch nicht einmal Einstimmigkeit darüber, was unter Verelendung zu verstehen. Wir haben Genossen hier und haben sie gehört, die noch an der absoluten Verelendung festhalten. (Sehr richtig.) Andre wieder meinen, daß eine Hebung der sozialen Lage der Arbeiterschaft insolge der geschichtlichen Arbeit der Socialdemokratie stattgefunden hat. Der Unterschied in der Auffassung beginnt dann, wenn wir fragen: was wächst rascher, die Konzentration des Kapitals oder die Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiter? Bernstein meint nun, daß der zweite Faktor rascher wächst und daß dadurch eine langsame Ausgleichung erfolgt. (Adler: Das sagt selbst Bernstein nicht.) Ich lasse es so auf. Wir aber meinen, daß beide Faktoren wachsen, daß aber die Socialdemokratie viel rascher wächst und damit der Gegensatz und die Abhängigkeit vom Kapital. Wenn Sie das Verelendung nennen wollen, so habe ich nichts dagegen. Wer leugnet, daß eine Hebung der Arbeiterklasse stattgefunden, seit es eine Socialdemokratie giebt, kennt die Thatsachen nicht oder will sie nicht sehen. Es ist richtig, daß es Arbeiterdichten giebt, die im tiefsten Elend liegen, es ist auch richtig, daß es Gruppen im socialen Arbeitsprozeß giebt, die eine Verschlechterung der sozialen Lage erfahren. Aber das sind vereinzelte Fälle, sie sind aber nicht bezeichnend für den Gang der Entwicklung. Hier hat der Entwurf den Vorgang vor dem früheren Programm, daß er die beiden entgegengesetzten Tendenzen so klar zeichnet, daß sie nicht mißverständlich werden können. Die Tendenz der Socialdemokratie, die Wirkungen des Kapitalismus zu bekämpfen, ist nicht bloß Theorie, sondern hat auch praktische Erfolge gehabt. Ein Blick, daß es so ist, sonst wäre unter ganzer Kampf vergeblich und wir wärsen nicht, wozu wir eine Socialdemokratie hätten. (Sehr richtig.) Wenn wir in dem geschichtlichen Moment der Uebernahme der Produktionsmittel durch das Proletariat keine entfesselten Sklaven, sondern freie Männer haben wollen, wie Adler gesagt hat, so ist die geistige Arbeit der Socialdemokratie in dieser Hinsicht auch eine nicht zu unterschätzende Hebung der sozialen Lage der Arbeiterklasse. Auf diese Hebung ist der ganze Kampf unserer Gewerkschaften gerichtet. Wenn Heller am Schluß seiner rhetorisch wirksamen Rede an die Empfindungen und Gefühle der Genossen appelliert und darauf verwiesen hat, wie wir in den Stürmen der Agitation den einzig sicheren Halt an Programm hatten, wenn wir alle verweigern wollten — es war geradezu erschütternd — so sehe ich einen viel größeren Trost darin, daß wir mitten im Sturm der vernichtenden Tendenz des Kapitalismus das Proletariat kampffähig erhalten haben. Das ist ein viel besserer Trost als Worte. Die Mißverständnisse sollen sich nur im Kopfe der Bernsteinianer abmalen. Aber Brod hat hier ein solches Mißverständnis produziert. Wenn bei solchen Genossen, die ohne Marx nicht schlafen geben können (Weiterleit), derartige Mißverständnisse möglich sind, wie viel eher bei den theoretisch minder gebildeten Genossen. Eine klarere Fassung des Programms ist also erforderlich. Genosse Heller hat mich vollständig zu Unrecht angegriffen. Ich habe stets den Standpunkt vertreten, daß wir keine Dogmatiker sein dürfen. Wir können nicht starr am Alten festhalten, wie das die Orthodoxen thun. Ich finde keinen andern Ausdruck, denn Kautsky kann ich nicht sagen, denn Kautsky ist viel zu vernünftig, um sich starr auf ein Dogma festzulegen. Es ist hier von der Unvernünftigkeit der Bernsteinerei gesprochen worden. Den Ausdruck finde ich durchaus unerlaubt. Heller sagte, die Bernsteinische Kritik vereitelt ihm die Arbeit in der Partei. Das ist wenig socialdemokratisch, denn socialdemokratische Gesinnung ist doch Ueberzeugungssache. Aber vereitelt Sie auf der andern Seite nicht Männern in der Partei die Lust an der freien wissenschaftlichen Forschung. Bernerstorff ist heute viel zu weit gegangen. Ich verlange mehr für die Parteithätigkeit als er. Ich

lasse auch das Programm nicht als bloßen Wortschwall auf. Aber in dem gleichen Fehler ist auch Genosse Adler verfallen mit seiner Gleichgültigkeit gegen den Wortlaut des Programms. (Widerspruch Adlers und anderer Genossen.) Ich glaube schon, daß Adler im Schlußwort es so darstellen wird, daß ganz etwas anders herauskommt, als er gefügt hat. (Weiterleit.) Er ist ein sehr geistiger Debattier, besonders im Schlußwort. (Große Heiterkeit.) Bernerstorff hat eine mutige Rede gehalten (Lachen), denn seine Ansichten werden hier nicht viele teilen. Es ist ein Verdienst (Lachen), ja wohl ein Verdienst, als einzelner eine Anschauung gegen viele zu vertreten. (Sehr richtig.) Er hat seine Anschauung sehr ruhig und sachlich vertreten im Gegensatz zu den Genossen, die ihn unterbrochen haben. Wenn Bernerstorff von der schlechten Behandlung Bernstein gesprochen hat, so erklärt er durch mich, daß er damit nicht den Lübecker Parteitag, sondern die in der Form zu mißbilligenden Angriffe in der Presse gemeint hat.

Was die Agrarresolution anlangt, so hat Winarzky recht, wenn er sagt, sie sei unfertig. Sie soll ja auch nicht als wesentlicher Bestandteil, sondern nur als Resolution dem Programm beigelegt werden. Gegen den Punkt 6 des speziellen Teils muß ich mich wenden. Da wird die Wahl der Gewerkschaften auf Grund des allgemeinen Wahlrechts verlangt. Das halte ich nicht für richtig. Damit trägt man die Parteithätigkeiten in die Justiz. (Stufe: Es ist doch in der Schweiz! Bei den Gewerkschaften!) Ich würde es für richtiger halten, wenn alle nicht wegen eines gewissen Delikts bestraften Personen die Liste bilden und daraus ausgelost würden. (Widerspruch.) Ich gebe das der zu wählenden Kommission zur Erwägung.

Ich komme zum Schluß. Lieben Sie Toleranz. Wenden Sie sich nicht gegen die Leute, die sich über gewisse Probleme Rechenschaft zu geben versuchen. Nur dadurch wird der Partei genügt, wenn auch die Agitation mit den alten Sätzen oft leichter sein wird. Erklären Sie nicht jeden, der eine andre Meinung hat, für einen feindlichen Menschen. Gerade die Theoretiker, die in theoretischen Debatten die ärgsten Principientreuer sind, sie lassen wenn es sich um die Praxis handelt, gar wohl mit sich reden. Ich meine, sie sollten auch in der Theorie Kritik vertragen. In die Kommission bitte ich Sie Genossen aller Anschauungen hineinzuwählen: Sowohl die Rabbiner wie die Akerim (Hebräischer Ausdruck für Aker). (Große Heiterkeit.)

Arizan (Südböhm) - Triest:

Kein Redner will ein Bernsteinianer sein, aber der Entwurf ist verfehlt unter dem Einfluß der Bernstein-Diskussion. Die Verelendungstheorie soll keine Grundlage mehr haben. Zum Wesen des Kapitalismus gehört die Verelendung; seine Tendenz ist Verelendung. Und dieses Princip gehört ins Programm. Man muß den Kapitalismus in seiner Raubtheit beobachten. Die Genossen sollten eine kleine Expedition nach dem Süden machen, wo der Kapitalismus seine ersten Schritte macht. Da verelenden auch die noch nicht organisierten Arbeiter. Wird eine neue Erfindung gemacht, die Arbeit spart, so verläßt der Kapitalist nicht die Arbeitseizt, sondern legt tausend Arbeiter auf's Pflaster, die dem Elend preisgegeben werden und durch ihre Konkurrenz auch die in Arbeit stehenden Brüder verelenden. Der Satz im neuen Entwurf ist eine Abschwächung, wir treten damit einen Rückzug an. Wir sind Dogmen das verhasste; würde sich ergeben, daß wir auf falscher Bahn gewandelt sind, so würde ich pastor pociwii sagen. Aber wir waren nicht auf solcher Bahn, wir haben den Arbeitern nichts Falsches über die Verelendung gesagt. Alle diese Abschwächungsversuche sind antisocialistisch. Wir haben uns unter dem Socialismus eine bestimmte Idee vorgestellt und zwar die, daß wir auf den Zusammensturz des Kapitalismus hinarbeiten müssen, nicht, daß wir uns im Kapitalismus häuslich einzurichten haben. (Bravo.) Nicht bloß, weil die Geschichte es fordert, muß der Socialismus eine geschichtliche Wirklichkeit werden, sondern weil die lebendigen Menschen es wollen. (Bravo.) Damit lassen auch die Anschauungen jener Bremer fort, die die socialistische Gesellschaft erst in 200 Jahren erworben. (Bravo.) Sonst kommen wir auf den Standpunkt der englischen Arbeiter, auf den Kostengeld der Arbeiterparlamentarier. Marx sagt, daß die Befreiung der Arbeiterklasse das Werk der Arbeiter sein muß. Das Werk! Dazu gehört aber der bewusste Wille. Wenn das Programm überhaupt geändert wird, dann sollte dieser bewusste Wille zum Ausdruck darin kommen. Wir haben keinen Grund, die Stelle über die Verelendung abzuschwächen. Sie muß unverändert in das neue Programm hinübergenommen werden. (Bravo.) Die Principien der Partei haben sich seit Hainfeld nicht im geringsten geändert. Wir stehen dem Kapitalismus gegenüber, der uns durch Kartelle noch mehr auszubeuten trachtet. Vielleicht könnte im theoretischen Teile noch betont werden, daß die österreichische Socialdemokratie sich ein fühlt mit der Socialdemokratie aller andren Länder. — Redner bespricht einzelne Wendungen des Entwurfs, die er von der Kommission präciser geföhrt wünscht. Im theoretischen Teil muß das Hainfelder Programm die Grundlage geben, die in Einzelheiten zu verbessern ist. Redner wendet sich dann dem Minimalprogramm zu. Im Parlament kann die Entscheidung nicht fallen. Es muß zur Verwirrung führen, wenn wir das Urteil über die Nichtumgänglichkeit des Parlamentarismus abwägen wollten. Auch hier muß an der Fassung des Hainfelder Programms festgehalten werden. Wir sollten die Klassenjustiz zum reinen Ausdruck bringen und verlangen, daß nur der Arbeiter über einen Arbeiter und der Kapitalist über einen Kapitalisten urteilen soll. (Weiterleit.) Das Schicksal eines angeklagten Kapitalisten ist mir sehr gleichgültig. Auch über den Arbeiterstand denken wir noch wie früher. Es erübrigt sich auch hier eine Aenderung. Daß wir das Altersversorgungsgesetz fordern, fällt gegenüber unserm principielle Standpunkt kaum ins Gewicht. Die Agrarresolution muß als Resolution verbleiben, sie darf nicht in das Programm selbst hineingearbeitet werden, denn dazu ist sie noch zu unfertig. Bei der an sich sehr notwendigen Landagitation werden wir uns noch lange mit Resolutionen behelfen müssen. Das Rationalitäten-Programm halte ich immer noch nur für einen Roman, das wirkliche socialistische Princip kommt dabei nicht voll zum Ausdruck. Immerhin, meine ich, wenn Bernerstorff gefügt hat, wir hätten dem Rationalismus Konzessionen gemacht, so ist er im Irrtum.

Das Parteiprogramm ist kein wertloses Papiere, es muß eine Leuchte für uns sein, der Friedesfaden, mit dem wir uns der Zukunft entgegenführen. Deshalb muß das Programm so beschaffen sein, daß wir es als schneidende Waffe gebrauchen können. Das revolutionäre Hainfelder Programm war eine solche Waffe. Gestalten wir das neue Programm nicht weniger revolutionär. (Lebhafter Beifall.)

Muchitsch-Brag

polemisiert gegen Bernerstorff. Nach ihm könnten die bürgerlichen Socialpolitiker in die Partei eintreten. Die Partei habe ihren Standpunkt zum Internationalismus nicht geändert, wenn Bernerstorff auch fortwährend das Bedürfnis habe, seinen Rationalismus hervorzuheben, so sagen, daß er als Deutschnationaler fühle. Der Programm-Entwurf ist gut, er bedeutet keine Abschwächung, er raubt niemand die Siegeszuversicht, wie Heller glauben will. Das Streben nach der politischen Macht muß im Programm zum Ausdruck kommen. (Beifall.)

Ramens der Parteileitung stellt nimmere Staret-Wien den Antrag, zur alten Programmkommission, die aus Adler, Dazynski, Ellenbogen, Steiner und Schumeyer besteht, noch weitere fünf Genossen, und zwar Kantshy, Remec, Emmerling, Nessel und Winarzky hinzuzuwählen. Diese vergrößerte Kommission soll das vorhandene Material prüfen und den Entwurf redigieren. Die Debatte soll abgebrochen und am Mittwoch nach einem neuen Referat der Kommission neu eröffnet werden.

Einem Antrag Liebermann, die Beschlußfassung über die endgültige Fassung bis zum nächsten Gesamt-Parteitag in zwei Jahren zu vertagen, widerspricht Dr. Adler. Noch längerer Diskussion wird statt der von Staret vorge-schlagenen Fünfer-Kommission eine Siebener-Kommission gewählt und zwar werden noch gewählt: der Pole Dr. Haukewicz und Genosse Frau Schleginger.

36 Mark
elegante Winter-Paletots
30 Mark
hochfeine Herren-Anzüge.
12 Mark 2700L*
schöne Winter-Beinkleider.
Anfertigung nur nach Maß.
Unter Stoff, tabellierter Sitz.
14 Krausenstr. 14,
1. Dr. Rein Taden 1. Dr.

Geld! Wer Darlehen oder
Hypothek sucht, ver-
lange Prospekt von
H. Bittner u. Co.,
Sannover B.
Dr. med. Schaper
homöop. Arzt u. Spez.-Arzt f.
Haut- u. Harnleiden,
Frauenkrankheiten.
Königsgrätzstr. 27. Spr. 9-1-4-7.

Stoppdecken
kauft man am
besten und billigsten
nur direkt in der Fabrik
B. Strohmendel, Berlin S.
72, Wall-Strasse 72,
wo auch alle Decken angefertigt
werden. 2608U*

Saal Zum ersten (2733S*)
Weihnachtsfeiertag
frei geworden.
Restaurant zur Drachenburg,
an der Schließischen Brücke.
Buchen- u. Eichenholz
ist als Ofenfeuerung besser wie Kohlen.
Zu den billigsten Preisen liefert das
selbe Ofenrecht gezeichnet (2408U*)
W. Jonantz, Barwalderstr. 64.

Hoffmanns
Volksgarten Westend
find Gäste für Sonnabende zu fest-
lichkeiten unter coulanten Bedingungen
zu vergeben. 2621U*
Gänsefedern
mit allen Daunen, ungerissen 1,30 bis
1,50, gerissen 2,00-3,50.
Paul Pagelow, Wriezener
(Oberbruch).

Zu kaufen gesucht: 2625U*
Protokolle
der Sozialisten-Kongresse:
Paris 1872, Rom 1874, Göttingen 1875,
1876, 1877, Baden 1880, Rappenhagen
1883 und andre ältere sozialistische
Bücher und Zeitungen.
S. Calvary & Co.,
Berlin NW 7, Neue Wilhelmstr. 1.

15. Ziehung 4. Klasse 205. Kal. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 1. November 1901, mittags.
Aus der Gewinne über 232 Mill. nach dem betriebs-
mäßigen in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)
135 60 212 43 58 65 629 711 15 58 69 802 959
1062 78 (1000) 110 288 332 621 796 864 92 93 2162
75 96 424 50 64 590 707 82 821 70 916 93 3013 21 224
73 389 329 50 627 94 739 899 (1000) 917 (5000) 4000
145 79 232 328 63 94 (500) 579 696 839 5128 76 267
510 97 772 853 71 97 6953 143 (1000) 95 233 545 748
805 925 7038 240 300 51 805 15 716 92 973 (1000)
8088 232 328 70 71 (1000) 696 732 39 73 93 944 54
9127 265 66 81 337 801 941 (500)
10030 (1000) 115 84 92 437 (1000) 39 88 500
558 670 824 50 15001 73 87 (5000) 906 43 (1000) 63
11010 84 210 320 22 418 51 502 (1000) 625 740 46
923 38 12070 1302 (5000) 223 343 65 441 (5000) 55 70
90 724 916 99 13017 40 137 555 83 (1000) 675 741
843 923 14090 134 63 209 37 426 991 (1000) 737 868
968 (1000) 57 15235 400 70 80 555 87 880 85 16011
104 296 312 441 17184 430 66 306 82 816 918 18063
160 354 84 87 576 604 843 96 960 83 19034 124 397
572 78 92 690 49 66 933
20131 465 77 590 825 83 82 904 (3000) 21179 238
325 568 601 762 65 809 71 22111 238 628 (3000) 731
881 981 23166 75 327 431 618 (3000) 43 47 60 65
67 816 909 32 70 (5000) 24096 95 282 482 758 89
25034 115 255 65 (3000) 332 62 601 704 805 26054
187 311 36 (5000) 457 507 643 611 43 873 2735 300
407 546 749 836 76 28180 82 226 676 91 782 833 962
15001 29016 144 282 445 99 521 856 906
30346 459 593 636 85 942 68 31205 308 746
32070 415 607 753 70 33135 72 205 331 24 641 739
42 (500) 829 (500) 902 34 35 (500) 90 34178 622 324
622 701 944 (500) 35085 142 67 449 73 55 652 (1000)
729 96 851 (5000) 996 132 36098 73 596 89 618 710 97
37343 41 71 833 77 813 31 743 90 832 38016 149
38346 651 94 796 824 39133 85 289 510 (5000) 634
713 (500)
40023 257 357 451 725 56 891 (10000) 637
4101 86 249 348 530 70 658 70 917 90 94 42126 46
415 53 653 810 35 42 (1000) 902 46 43001 638 67
797 831 59 932 (3000) 44114 (5000) 43 67 261 368
115000 (500) 524 (500) 91 662 723 50 45264 74 166 347
446 830 982 46255 (500) 332 543 79 47306 107 77
215 35 357 772 889 48049 114 (5000) 377 581 825 718
45000 49054 56 107 231 378 413 500 6 803 (3000)
39 988
50201 386 438 39 672 (500) 51002 (1000) 8 (500)
88 133 327 458 635 714 938 957 79 52088 127 (500)
426 615 826 39 53026 137 81 218 309 404 71 526 648
81 (3000) 991 54078 186 234 406 606 807 820 86 87
55046 384 453 590 705 802 4 900 56022 214 357 71
50 792 823 98 57272 82 318 401 627 800 739 75
815 42 943 58079 139 209 353 922 627 33 732 807 994
69126 219 22 30 334 511 83 627 76 844 59
60038 42 108 (3000) 28 30 322 51 65 79 463 821
11001 66 97 784 928 81403 543 737 940 74 62087
415 (1000) 79 228 423 504 73 90 602 31 62 74 753 851
962 63096 491 517 48 65 601 974 64003 45 147 205
371 406 516 95 654 725 898 975 65088 699 789 66142
65 220 394 556 638 61 730 47 846 48 96 927 67135
438 558 602 850 93 65189 420 85 98 902 31 88 960 92
69183 371 451 514 66 933
70223 78 378 (5000) 97 500 (1000) 618 40 833 80
941 71158 97 204 346 (1000) 447 706 925 37 (500) 82
68 89 72113 38 208 639 47 92 710 21 66 78 853 738
989 90 73052 822 (3000) 130 42 47 71 74189 833 38
843 609 75013 57 3553 688 744 890 37 76055
359 (500) 413 632 745 844 914 77240 92 31 342 427
60 650 704 13 822 31 78003 47 373 469 730 883 915
95 70159 84 347 74 501 709 900 58
80399 306 521 70 87 739 872 81638 87 190 883
631 51 717 639 82104 48 85 332 583 716 87 812 49 955
83002 344 (5000) 563 682 825 84002 177 620 (500) 59
737 923 89 85124 27 31 50 282 309 61 402 83 587 642
780 71 95 890 914 86216 (500) 20 313 (5000) 28 486 564
804 914 (1000) 86 87051 104 45 528 47 55 604 92 725
811 970 88052 136 372 463 829 83 (3000) 945 (5000)
89061 132 83 311 407 810 49
90111 204 58 324 (1000) 454 (5000) 62 588 677 95 8917
96 965 91701 39 408 (5000) 650 816 922 74 85 92077
261 316 402 20 (3000) 504 40 632 872 976 85 93041 97
164 296 67 323 77 408 4 549 641 72 861 912 64 66
94003 48 371 458 99 641 81 827 932 95003 18 46 123
27 63 252 308 (3000) 581 614 827 96003 27 59 180 201
45 87 (1000) 326 33 494 617 (1000) 724 27 67 97042 212
42 428 77 624 969 89252 35 715 10 904 81 99112 21
222 303 39 488 91 520 888 732 972
100224 300 94 425 872 101035 108 206 12 82
320 407 23 642 59 86 90 829 102130 62 202 500 863
961 103012 44 172 82 232 553 895 972 94 104021 (5000)
31 (1000) 222 418 824 42 819 912 43 105003 105 247 62
944 857 913 106500 103 19 45 248 300 67 401 36 508 28
807 918 107231 92 506 86 92 942 30 68 99 108110 12
256 423 538 677 727 109038 47 59 53 382 (1000) 513
95 647 978
110037 60 170 90 338 597 725 35 59 868 111441
617 21 833 34 986 (500) 112088 170 243 95 383 464

15. Ziehung 4. Klasse 205. Kal. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 1. November 1901, mittags.
Aus der Gewinne über 232 Mill. nach dem betriebs-
mäßigen in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)
70 239 49 79 316 63 82 95 503 623 830 84 089 96
(500) 1005 57 95 164 532 726 70 954 56 94 (1000) 2107
34 205 313 490 510 50 91 (1000) 631 723 94 3500 (5000)
6 881 728 43 841 77 (1000) 4038 129 64 230 352 426 53
674 (5000) 763 804 87 99 5156 600 785 936 6081
240 449 81 591 66 72 639 82 735 7049 106 62 280 338
441 694 770 71 8191 280 403 (5000) 7 12 515 95 811 977
90637 61 109 307 423 (5000) 618 (5000) 992
10112 77 232 313 33 416 (1000) 721 978 11008 227
(1000) 52 (5000) 364 (1000) 76 96 546 (5000) 96 (1000)
607 782 819 44 87 945 12366 97 782 922 33 55 13083
(1000) 363 417 43 82 785 87 881 905 14092 156 64 508
19 92 93 15043 186 502 (5000) 33 44 682 897 988 16032
182 304 11 410 22 92 (5000) 637 721 34 40 833 925 51
17299 93 534 793 909 89 18099 (5000) 1000 (5000) 242 388
433 534 641 842 986 19098 94 127 31 230 367 (5000)
626 77 81 712 950 98 (500)
20137 277 425 563 46 909 19 21268 72 363 475 95
583 91 642 51 862 22138 44 329 407 56 560 620 34 44
94 703 877 23109 19 48 221 338 515 (1000) 77 693 736
852 941 24107 28 472 73 698 143 (5000) 652 707 861
25234 901 549 26018 168 94 69 83 465 534 649 945 89
58 27904 31 112 21 212 345 69 82 465 534 649 945 89
28049 56 93 231 (3000) 33 67 517 89 946 49 29079 305
604 839 921 (3000) 35
30007 73 292 343 57 66 (1000) 67 73 (1000) 74 963
76 77 31206 91 (5000) 379 544 (3000) 591 685 983
32073 140 98 513 63 628 35 738 (5000) 978 94 33169
(1000) 204 45 378 523 678 811 917 54 65 34009 12 14
294 98 70 492 560 630 745 827 94 56 81 35371 528
621 25 44 36056 177 213 92 65 81 331 68 475 634 66 754
64 814 37061 100 315 450 91 558 87 (3000) 800 67 89
929 38023 (5000) 107 483 579 39244 79 313 513 677
85 780 880 940 99
40043 78 118 48 397 32 94 773 815 51 41010
(3000) 132 77 394 465 525 63 677 800 36 42081 184
273 249 440 58 570 620 710 31 60 75 875 915 610
43160 63 394 724 822 45 44135 265 354 412 560 626
68 71 45081 89 220 678 832 46225 89 348 580 913
47217 79 501 706 19 30 41 71 (1000) 818 48126 83 96
314 40 51 446 62 76 (5000) 923 (1000) 706 22 977 49051
222 443 534 758 (1000) 62 803 855 71 (1000) 92 95
50109 406 952 999 51021 30 183 256 (5000) 305 61
81 457 65 01 506 20 74 98 (3000) 52196 655 739 857
53206 436 66 594 905 60 705 805 (3000) 54014 176
413 (5000) 55 806 23 840 66029 67050 255 56 434 82
694 324 902 69803 209 31 337 62 (5000) 75 95 934
71 (1000) 617 (3000) 702 77 833 941 52 69143 66 220
512 602 888 92 947 99
70174 436 89 518 73 760 947 66 71088 (5000) 550
657 804 51 945 72005 61 95 189 726 34 (5000) 864 918 87
73005 48 133 314 30 439 882 960 74025 228 563 725
833 75381 491 500 704 834 91 76057 177 (1000) 322
(1000) 292 411 25 41 605 607 757 77130 305 60 326 436
(1000) 542 77 636 60 753 (3000) 442 46 79 543 51
50 80 78032 162 278 82 347 538 665 733 800 (13000)
78 89 911 67 (5000) 79044 134 204 (3000) 79 304 32
(3000) 80 93 (5000) 421 78
80004 (1000) 143 78 85 311 444 62 678 751 73 857
609 81184 557 825 80 82121 40 42 64 515 42 56 947
83090 153 59 92 732 918 (1000) 63 84109 34 62 211
514 68 673 926 56015 55 108 147 98 287 316 516 56 607
13 815 30 90 86306 170 208 391 544 (5000) 34 741 43
843 55 631 87190 228 413 97 536 600 38 747 909 10
88112 (5000) 216 (3000) 498 546 674 708 985 89088
220 328 59 449 608 735 863 (5000) 961 62 84
90081 100 20 340 404 541 (5000) 641 52 94 758
91005 41 54 184 670 92038 103 334 665 74 96 747 78
91 927 37 44 93033 531 (5000) 89 69 677 (1000) 739 67
99 887 94157 (3000) 440 536 93 616 (1000) 70 85 800
26 902 29 95358 471 887 608 83 748 844 61 905
96032 158 257 417 507 690 764 856 912 62 97112 53
208 (1000) 90 300 407 72 569 787 94 984 98011 13
80 188 488 693 956 76 99036 43 100 63 238 68 92 365
421 23 59 522 635 52 85 816 802 69
100145 282 82 464 568 79 644 776 84 86 900 43
101018 233 68 362 527 615 743 900 (1000) 903 95 198
888 103636 129 211 14 97 494 671 896 (5000)
104213 678 799 (1000) 88 105006 81 113 213 61
556 965 99 106690 210 335 99 428 565 669 (5000) 701 61
107017 95 178 514 91 (1000) 461 644 95 857 765 968
108050 134 (5000) 31 222 45 429 514 (5000) 85 658 (1000)
704 76 827 109276 45 39 (5000) 641 712 58 95 822 38
110043 (5000) 44 109 401 634 717 (5000) 888 111029
46 573 780 93 887 112138 293 555 655 97 98 705 69
113124 80 232 341 423 (5000) 619 74 91 747 56 114225

15. Ziehung 4. Klasse 205. Kal. Preuß. Lotterie.

Ziehung am 1. November 1901, mittags.
Aus der Gewinne über 232 Mill. nach dem betriebs-
mäßigen in Klammern beigefügt.
(Ohne Gewähr.)
70 239 49 79 316 63 82 95 503 623 830 84 089 96
(500) 1005 57 95 164 532 726 70 954 56 94 (1000) 2107
34 205 313 490 510 50 91 (1000) 631 723 94 3500 (5000)
6 881 728 43 841 77 (1000) 4038 129 64 230 352 426 53
674 (5000) 763 804 87 99 5156 600 785 936 6081
240 449 81 591 66 72 639 82 735 7049 106 62 280 338
441 694 770 71 8191 280 403 (5000) 7 12 515 95 811 977
90637 61 109 307 423 (5000) 618 (5000) 992
10112 77 232 313 33 416 (1000) 721 978 11008 227
(1000) 52 (5000) 364 (1000) 76 96 546 (5000) 96 (1000)
607 782 819 44 87 945 12366 97 782 922 33 55 13083
(1000) 363 417 43 82 785 87 881 905 14092 156 64 508
19 92 93 15043 186 502 (5000) 33 44 682 897 988 16032
182 304 11 410 22 92 (5000) 637 721 34 40 833 925 51
17299 93 534 793 909 89 18099 (5000) 1000 (5000) 242 388
433 534 641 842 986 19098 94 127 31 230 367 (5000)
626 77 81 712 950 98 (500)
20137 277 425 563 46 909 19 21268 72 363 475 95
583 91 642 51 862 22138 44 329 407 56 560 620 34 44
94 703 877 23109 19 48 221 338 515 (1000) 77 693 736
852 941 24107 28 472 73 698 143 (5000) 652 707 861
25234 901 549 26018 168 94 69 83 465 534 649 945 89
58 27904 31 112 21 212 345 69 82 465 534 649 945 89
28049 56 93 231 (3000) 33 67 517 89 946 49 29079 305
604 839 921 (3000) 35
30007 73 292 343 57 66 (1000) 67 73 (1000) 74 963
76 77 31206 91 (5000) 379 544 (3000) 591 685 983
32073 140 98 513 63 628 35 738 (5000) 978 94 33169
(1000) 204 45 378 523 678 811 917 54 65 34009 12 14
294 98 70 492 560 630 745 827 94 56 81 35371 528
621 25 44 36056 177 213 92 65 81 331 68 475 634 66 754
64 814 37061 100 315 450 91 558 87 (3000) 800 67 89
929 38023 (5000) 107 483 579 39244 79 313 513 677
85 780 880 940 99
40043 78 118 48 397 32 94 773 815 51 41010
(3000) 132 77 394 465 525 63 677 800 36 42081 184
273 249 440 58 570 620 710 31 60 75 875 915 610
43160 63 394 724 822 45 44135 265 354 412 560 626
68 71 45081 89 220 678 832 46225 89 348 580 913
47217 79 501 706 19 30 41 71 (1000) 818 48126 83 96
314 40 51 446 62 76 (5000) 923 (1000) 706 22 977 49051
222 443 534 758 (1000) 62 803 855 71 (1000) 92 95
50109 406 952 999 51021 30 183 256 (5000) 305 61
81 457 65 01 506 20 74 98 (3000) 52196 655 739 857
53206 436 66 594 905 60 705 805 (3000) 54014 176
413 (5000) 55 806 23 840 66029 67050 255 56 434 82
694 324 902 698

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Stadtverordnetenwahl.

Parteilosen, die heute, am Tage der Wahl helfen wollen, mögen sich früh 8 Uhr in folgenden Lokalen einfinden:

2. Kreis.

4. Kommunal-Wahlbezirk: Restauration von Gomuth, Lützowstraße, Ecke Dörnerbergstraße.

9. Kommunal-Wahlbezirk: Restauration von Borgfeld, Arndtstr. 35.

10. Kommunal-Wahlbezirk: Restauration von Kühner, Hasenheide 89.

4. Kreis - Südost.

11. und 12. Kommunal-Wahlbezirk: Central-Wahllokal bei Fr. Felgentreff, Dammstr. 183.

4. Kreis - Osten.

22. Kommunal-Wahlbezirk: Otto Franke, Pallasadenstraße 8.

23. Kommunal-Wahlbezirk: Robert Lerche, Müddersdorferstraße 3.

6. Kreis.

Für den 34. Bezirk bei Gröbner, Dunderstr. 83.

Für den 35. Bezirk bei Randsow, Schönhauser Allee 185, und bei Otto Bachgänger, Schwimmländerstr. 84, Telephon Amt 8 Nr. 6107.

Für den 32. Bezirk bei Hofm., Kuppnerstr. 42.

Für den 36. Bezirk bei Franz Schmidt, Kramlerstr. 28, Telephon Amt 8 Nr. 5590.

Für den 44. und 45. Bezirk bei Johann Sparr, Putzstr. 10, Telephon Amt 2 Nr. 476.

Für den 48. Bezirk bei Böhrich, Pankestr. 32, Telephon Amt 2 Nr. 1515.

Achtung, Parteigenossen! Heute abend finden in den nachstehend benannten Wahlkreisen resp. Lokalen Versammlungen zwecks Berkundigung des Resultats der Stadtverordnetenwahlen statt:

II. Kreis: Wodbräuerel, Tempelhofer Berg.

IV. Kreis S.O.: Geismann, Raminpstr. 27.

VI. Kreis: Schönhauser Vorstadt: Puhmanns Bauderville-Theater, Schönhauser Allee 145.

Rosenthaler Vorstadt: Schwimmländer Gesellschaftshaus, Schwimmländerstr. 42.

Gesundbrunnen: Weimanns Volksgarten, Wandstr. 66, und Dietrich, Brunnstr. 34.

Noahbit: Abends Brauerei, Lurust. 25/26.

Regen Besuch erwarten

Die Vertrauensleute.

Vierter Wahlkreis, Osten. Versehenlich ist gestern bekanntgegeben worden, daß heute bei Franke und Lerche Versammlungen stattfinden. Es werden in den genannten Lokalen keine Versammlungen abgehalten. Das Wahlergebnis erfahren die Parteigenossen jedoch auf jeden Fall sowohl in den Central-Wahlbüros als bei Franke, Pallasadenstr. 8 und Lerche, Müddersdorferstr. 3, sowie auch in den Lokalen der übrigen Bezirke.

10. Wahlbezirk, II. Teil. Auf der amtlichen Wahlkarte ist durch ein Versehen als Wahllokal das Restaurant „Zum Polzturn“ bezeichnet. Das Wahllokal ist, wie auch der Magistrat den Wählern durch besondere Benachrichtigung mitteilt, die Berliner Unions-Brauerei, Hasenheide 22-31 (Majorsaal). Die amtliche Wahlkarte behält ihre Gültigkeit als Wahllegitimation.

Erster Wahlkreis. Die Generalversammlung findet am Mittwoch im Lokale des Herrn Trischmann, Jüdenstr. 55, statt mit der Tagesordnung: Bericht und Neuwahl des gesamten Vorstandes, Berkundigung des Wahlergebnisses der Stadtverordneten-Wahlen, Wofschürenverteilung. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute abend 8 1/2 Uhr ist im Gewerkschaftshaus (großer Saal) Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Berkundigung der Resultate von den heute stattfindenden Stadtverordneten-Wahlen. Vortrag des Genossen Eduard Bernstein über „Die englischen Gewerkschaften und das Urteil des Hauses der Lords“.

Charlottenburg. Heute finden auch hier die Stadtverordneten-Wahlen in allen acht Bezirken statt. Um der Socialdemokratie den gebührenden Erfolg zu sichern, es ist erforderlich, daß die Parteigenossen und Genossinnen aus Charlottenburg und Umgebung sich an diesem Tage der Partei zur Verfügung stellen. Möge jeder, dem es Zeit und Umstände irgendwie erlauben, an diesem Tage beständig eingreifen; nur dann ist und der Sieg sicher. Alle, die gewillt sind, heute mitzuhelfen, werden ersucht, sich in folgenden Lokalen früh 8 1/2 Uhr einzufinden:

- 1. Bezirk: Wasche, Potsdamerstr. 44.
2. Waade, Rehringstr. 25.
3. Kant, Charlottenburger Ufer 2.
4. Eberhardt, Spreerstr. 15.
5. Eberhard, Goethestr. 33 (Ecke Sefenheimerstraße).
6. Fischer, Vestalozstr. 84.
7. Prill, Goethestr. 78 (Ecke Grolmannstraße).
8. Wredlow, Ansbacherstr. 31.

Alle Anfragen und Zuschriften in Lokalan gelegenheiten sind jetzt an den Genossen Wilhelm Ding, Berlin S. 14, Weingartenstraße 66, zu richten.

Die Obmänner der Kreise Rieder-Barnim, Teltow-Weeslow, Potsdam-Osthavelland sowie von den anderen Orten werden ersucht, umgehend an Ding ihre Adresse einzusenden. Die Lokalkommission.

Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß in den nächsten Tagen die Protokolle vom Parteitag in Lübeck durch den Vorstand zum Preise von 30 Pf. das Stück bezogen werden können; jedoch müssen Bestellungen beim Vorstande oder dem Hilfskassieren bis Sonntag, den 10. d. M. erfolgen. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß jeden Sonntagvormittag von 10 bis 11 Uhr Wählerwechsel bei Lehmann, Otmarsstr. 28, stattfindet. Der Vorstand.

Adlershof. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Kenntnis, daß Protokolle vom Parteitag in Lübeck durch den Vorstand zum Preise von 30 Pf. das Stück bezogen werden können; jedoch müssen Bestellungen beim Vorstande oder dem Hilfskassieren bis Sonntag, den 10. d. M. erfolgen. Wir machen noch darauf aufmerksam, daß jeden Sonntagvormittag von 10 bis 11 Uhr Wählerwechsel bei Lehmann, Otmarsstr. 28, stattfindet. Der Vorstand.

Potsdam. Am Donnerstag findet eine Volksversammlung im Viktoriagarten statt, in welcher Waldes Manasse-Verein über das Thema: „Allein städtische Sünden“ sprechen wird. Die Parteigenossen werden ersucht, für recht regen Besuch Sorge zu tragen.

Lokales.

Zur Stadtverordneten-Wahl.

Eine genaue Aufstellung über sämtliche für die diesjährigen Stadtverordneten-Wahlen in Betracht kommenden Wahlbezirke haben wir bekanntlich in der Sonntagsgammler veröffentlicht. In allen Zweifelsfällen giebt dies Tableau Auskunft; bemerkt sei jedoch ausdrücklich, daß das Wahllokal des 10. Wahlbezirks 2. Teil die Unions-Brauerei, Hasenheide 22-31, ist.

Für die Wahlen am heutigen Mittwoch kommt noch folgendes in Betracht: Denjenigen Wählern, die seit Aufstellung der Wählerlisten, also seit dem 1. Juli dieses Jahres, ihre Wohnung nicht gewechselt haben, ist vom Magistrat eine Aufforderung zur Wahl als

Legitimation zugegangen. Diese Legitimation möge man zur schnelleren Abfertigung ins Wahllokal mitbringen. Wer seine Wohnung inzwischen gewechselt hat, muß dort wählen, wo er zur Zeit der Auflegung der Wählerlisten gewohnt hat. Das wollte man ganz besonders beachten. Diejenigen Wähler, welche keine Wahllegitimation vom Magistrat erhalten haben, thun gut, ihre letzte Steuerquittung als solche mitzubringen. Die Wahlzeit dauert für die am Mittwoch wählende dritte Abteilung von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr. Wer es irgendwie einrichten kann, möge bereits vormittags oder in den Mittagsstunden zur Wahl gehen, damit am Abend diejenigen Wähler, die tagsüber keine Zeit haben, ihr Wahlrecht ausüben können.

An die Wahlhelfer.

Auf zur Wahl! Wenn diese Mahnung heute, am Tage der Stadtverordneten-Wahlen der dritten Abteilung, auf Tausende ihre aufmunternde Wirkung ausübt, Tausende an die Wahlstätte treibt und mannschaft für ihre Heberzeugung eintritt, so verhält sie leider für andre Tausende, ohne sie zur Erfüllung ihrer Bürgerpflicht zu bewegen.

Der Gang nach dem Wahllokal und die Abgabe der Stimme sind meist mit einem mehr oder weniger großen Zeitverlust verbunden, den der wirtschaftlich Unabhängige leichter auf sich nehmen kann. Doch mehr aber ist es die Oeffentlichkeit der Stimmabgabe, die in der unbemittelten, zur dritten Abteilung gehörenden Bevölkerung viele davon abhält, sich an der Wahl zu beteiligen. Wäre die Wahl geheim, so würde die Beteiligung zweifellos auch hier erheblich größer sein. Dann wäre aber auch der Freisinn, dessen Herrschaft im roten Hause sich lebhaft auf das Dreiklassen-Wahlssystem samt der Oeffentlichkeit der Stimmabgabe stützt, wenigstens aus der dritten Abteilung längst völlig verdrängt.

Der Zeitverlust und die Oeffentlichkeit der Stimmabgabe reichen aber nicht aus, um die bedauerliche Erscheinung zu erklären, daß ein so hoher Prozentsatz der Wähler den Wahlen fern bleibt. Manchen Wählern dient das thätiglich nur als ein Vorwand, mit dem sie ihre Wahllosigkeit zu demüteln suchen. In solchen Wahllokalen fehlt es in der Arbeiterbevölkerung und keiner Partei, leider auch nicht in der Arbeiterbevölkerung. Auch mancher, der durchaus weiß, um was es sich bei den Kommunalwahlen handelt, bleibt weg und überläßt das Wählen andern, obwohl weder der Zeitverlust für ihn zu sehr ins Gewicht fällt, noch die Oeffentlichkeit der Stimmabgabe von ihm gefürchtet zu werden braucht. Lieber will er zu jenen Unangenehmen, denen überhaupt das Interesse und Verständnis für kommunale Angelegenheiten abgeht, gezählt werden, als daß er sich in seiner Bequemlichkeit stören läßt.

Es ist in den letzten Monaten und Wochen so viel von der Wahrung der städtischen Selbstverwaltung die Rede gewesen, und auch in der Kallation zu den Stadtverordnetenwahlen hat die Erörterung dieses Themas einen breiten Raum eingenommen. Wir möchten allen denen, die nur zu bequem sind, sich an der Wahl zu beteiligen, den Rat geben, sich einmal recht gründlich zu überlegen, was man eigentlich unter städtischer Selbstverwaltung versteht. Etwas nur die Verwaltung der städtischen Angelegenheiten durch Stadtverordnete und ein von ihnen gewähltes Magistratskollegium? Nein, wirklich nicht! Die Gemeindeglieder, die Wähler sind es, in deren Händen die Selbstverwaltung liegt. Das Mittel, durch das sie sie ausüben, sind die Wahlen. Von den Wählern allein hängt es ab, durch wen und wie die Gemeinde-Angelegenheiten verwaltet werden. Wer den Wahlen fern bleibt, der schließt sich aus von der ihnen zustehenden Teilnahme an der Selbstverwaltung. Er schließt sich auch aus von der Möglichkeit, das ihm durch die Städte-Ordnung gewährleistete Recht der Selbstverwaltung gegen die Feinde dieses Rechtes zu verteidigen; denn auch das ist nur dadurch möglich, daß man sich an den Wahlen beteiligt und die geeigneten Männer in die Gemeindevertretung wählt. Der Gedanke der Selbstverwaltung wird um so vollkommener verwirklicht, je größer die Beteiligung der Gemeindeglieder an den Wahlen ist. Das sollte sich besonders die Arbeiterbevölkerung gesagt sein lassen!

Nun giebt es allerdings eine ganze Reihe von Kommunalwahlbezirken, in denen der Sieg der Arbeiterpartei von vornherein sicher ist. Aber auch hier darf kein aufgestörter Arbeiter am Wahltag seine Pflicht versäumen. Es gilt, den Sieg zu einem möglichst imposanten zu machen. Bei jeder Wahl wiederholt sich das Schauspiel, daß die bürgerlichen Parteien die Gesamtheit der ausgetretenen Wähler ausschließlich sich aufs Konto schreiben. „Die Socialdemokraten“, sagen sie, „sind bis auf den letzten Mann zur Wahl gegangen, die Wahlhelfer sind lediglich in untreuen Reihen zu finden.“ Kein Socialdemokrat darf es dahin kommen lassen, daß ihn die bürgerlichen Parteien als ihren Anhänger reklamieren. Darum rufen wir den Wahlhelfern doppelt eindringlich zu: Auf zur Wahl! Auf zur Verteidigung der städtischen Selbstverwaltung, auf zum Kampf für den socialen Fortschritt in der Kommune!

Eine Heerschau der Berliner Hausagrarier. Eine Protestversammlung gegen die staatliche und kommunale Unterdrückung der Bauernschaften veranstaltete Dienstag der „Verein der Berliner Grundbesitzer-Bereine“. Der Bundesvorsitzende Dr. Kowalski wie die Referenten Schriftsteller Grävell, Dresden und Rechtsanwalt Morris, Berlin bestritten das Vorhandensein einer Wohnungsnot. Wohnungen seien genug da, es fehle bloß an zahlungsfähigen, guten Mietern. Die Leute, die über Wohnungsnot klagen, seien teils völlig mittellos und gehörten ins Armenhaus, teils wollten sie nicht Miete zahlen, trotzdem sie es wohl könnten. Und diese Kategorie sei nicht klein, wie die 4000 Namen umfassende „schwarze Liste“ der Hausbesitzervereine beweise. Für Staat und Gemeinde liege keine Veranlassung vor, die Bauernschaften zu unterstützen, die dem schäblichen Grundbesitz Konkurrenz machen und nur wirtschaftlich minderwertige Elemente heranzüchten. Schließlich kam eine Resolution zur Annahme, die für die Hausagrarier die Fortdauer unbeschränkter Ausbeutungsfreiheit forderte.

Die Arbeiterbevölkerung möge hieraus ersehen, wessen sie sich zu gewärtigen hat, wenn das Hausagrarium im roten Hause noch eine weitere Verstärkung erfährt.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Neuwahl eines besoldeten Stadtrats an Stelle des zum Schindlitz gewählten Stadtrats Hieseler hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit Stimmmehrheit dahin entschieden, der Stadtverordneten-Versammlung für den vakanten Posten den unbesoldeten Stadtrat Dr. Münsterberg vorzuschlagen. Unter den Kandidaten, mit denen sich der Ausschuß beschäftigt hatte, befanden sich auch der bekannte, wegen seiner Zugehörigkeit zum Goethe-Bunde genaugeregelte Konfistorialrat Dr. Reide und der unbesoldete Stadtrat Fischbeck, der schließlich aber auf seine Kandidatur verzichtet hatte.

Schulnot in Noabit. Die städtische Schuldeputation sucht, laut Bekanntmachung im „Gemeindeblatt“, in der Gegend der Mathenower- und Perlebergerstraße Räume zur Unterbringung von 12-15 Gemeinde-Schulklassen zu mieten. Die Mietkategorien sind zwar auch in Noabit seit langem bekannt und verbreitet, aber sie waren hier doch in der letzten Zeit etwas weniger zahlreich geworden, so daß man vergleichsweise von einer Verringerung sprechen konnte. Es scheint aber, als ob dieser Mißstand nun auch hier wieder mehr um sich greifen soll.

Seit dem 1. November wird der Schüler Erich Lehmann vermißt. Er hat sich an gedachtem Tage aus der elterlichen Wohnung in Charlottenburg entfernt und ist bis heute noch nicht zurückgekehrt. Der Knabe ist elf Jahre alt, von schlanker, kräftiger Statur, hat rundes, volles Gesicht, blondes, kurzgeschneitten Haar. Bekleidet war er mit dunkelblauer Schminette, braunem Ueberjackett, graublau gestreiften kurzen Hosen, schwarzen Strümpfen und Leder-Schnürschuhen. Er hatte bei seinem Wegzuge 27,50 M. Schulgeld bei sich. Besondere Kennzeichen: Zwei Narben an der linken Halsseite, an jedem Mundwinkel ein kleiner Leberfleck. Es wird um etwaige Nachricht über den Vermißten an die Charlottenburger Kriminalpolizei gebeten.

Bei der Arbeit vom Tode überrascht wurde der 52 Jahre alte Former Robert Wierprecht, der seit 27 Jahren in der Eisen- und Maschinenfabrik (vormals Reuling u. Thomas) in der Keesstr. 129 beschäftigt war. Als er kurz vor 5 Uhr ein Modell von seinem Stand aufheben wollte, brach er plötzlich zusammen und starb in den Armen seiner Arbeitsgenossen, die ihm beisprangen. Zwei Aerzte, die alsbald erschienen, konnten nur noch feststellen, daß der Tod bereits eingetreten war, vermutlich infolge eines Herzschlages.

Sechs Einbrecher sind von der Kriminalpolizei unschädlich gemacht worden. Es sind alles gewerbdmähige Wohnungseinträcker, die zwei Banden zu drei Mann bildeten. Die ersten drei, namens Schippe, August und Kollke, wurden bei einem Einbruch in der Alexandrinenstraße überführt. Während Schippe festgenommen wurde, entkamen die beiden andern, bis man sie bei einem gemeinschaftlichen Einbruch in der Greifenstraße erwißte. Die Bande hat außer den beiden letzten auch bereits mehrere andre Einbrüche eingedrungen. Die zweite Gesellschaft bildeten die ehemaligen Handvergesellschaften Karl Schieber, Friedrich Engel und Gustav Natuschel. Diese hatten ausdauert, daß ein Kaufmann Richter in der Alexandrinenstraße am Montagabend mit seinem Angehörigen nicht zu Hause sein werde. Sie ließen sich daher auf dem Grundstück einschließen und begannen mit der Arbeit, sobald sich im Hause nichts mehr rührte. Bald wurden sie jedoch gestört und mußten fliehen. Hausbesitzer und Polizeibeamte verfolgten die Spitzhaken und nahmen Schieber und Engel in der Wallstraße fest. Natuschel entkam einstweilen. Als er jedoch gestern, Dienstagmorgen, einen Teil seiner Beute zu Geld machen wollte, erwißte ihn sein Geschick. Der Einbrecher hatte nämlich bei Richter ein Sparfassenbuch gefunden und wollte nun in aller Eile den Betrag abheben, damit die Kriminalpolizei ihn nicht mit der Forderung zuvorkomme. Darin hatte er sich aber doch verrechnet. Obgleich er schon bei Thoresöffnung da war, wurde er doch sofort am Kragen genommen, als er das gestohlene Buch vorzeigte.

Strasenspernung. Das Elisabeth-Ufer vom Kreuzdamm deselben und der Bräkerstraße ist bis auf weiteres für Fußgänger und Reiter gesperrt.

Genosse Dr. R. Wlassak aus Wien, der im Verein mit den Genossen Dr. W. Adler und Fröhlich den Wiener Abstinenzverein in einigen Jahren auf 400 Mitglieder brachte und mit den Genossen den großen internationalen Alkohol-Regener-Kongreß 1901 in Wien arrangierte, wird auf seiner Durchreise von Stockholm hier am Donnerstag im Noabitier Gesellschaftshaus, Alt-Noabit 80, einen Vortrag über die Frage: „Vrauchen wir den Alkohol?“ halten.

Aus den Nachbarorten.

Ein Raubverbrechen ist in der Kirche zu Mariendorf verübt worden. Hohe Wachen haben die Fenster der Kirche eingeschlagen und sind in das Innere eingedrungen. Ein großer Teil der Sitzbänke sowie der Altar sind umgeworfen und stark beschädigt worden. Den Engelsgefallen, die unter dem Orgelchor angebracht sind, haben die Vandalen die Gliedmaßen abgeschlagen und auch das Orgelwerk bei ihrer Zerstörungsbearbeitung nicht verschont. Außerdem ist das Innere der Kirche in hier nicht wiederzugebender Weise verunreinigt worden. Von den räuberischen Thätern fehlt bis jetzt jede Spur.

Eine Ansehen erregende Verhaftung bildet in Steglitz das Tagesgespräch. Bei der Regierungsrätin Vorherr, Albrechtstraße 131 dortselbst, war, wie wir seiner Zeit gemeldet haben, am Vormittag des 8. Oktober d. J. eingebrochen worden. Dem Diebe sei eine überaus reiche Beute - Schmuckstücken und kostbare Tafelgeräthe im Werte von mehreren tausend Mark - in die Hände. Die Recherchen der Polizei nach dem Thäter gestalteten sich recht schwierig. Verschiedene Anschuldigte gerieten in Veracht. Inzwischen hatte nun die Steglitzer Polizei Wind davon bekommen, daß die 39 Jahre alte Gattin des angezeigten Geschäftsmannes W., der in demselben Hause einen Laden inne hat, mehrere kommunale Ehrenämter bekleidet und soviel man munkelt, in recht günstigen Vermögensverhältnissen lebe, hier verdächtig erschien, in verdächtigem Steglitzer Verkaufsgeschäften Laden die bereien verübt zu haben. Es wurden wiederholt Haus-suchungen bei der Frau abgehalten, die eine beträchtliche Zahl offenbar aus Ladendiebstählen herrührender Gegenstände zu Tage förderten. Durch verlässliche Zeugenaussagen wurde dann der Verdacht geweckt und genährt, daß dieselbe Dame auch am 8. Oktober den Diebstahl bei der Frau Regierungsrätin Vorherr verübt haben müsse. Schließlich fanden sich ganz bestimmte Belastungsmomente hierfür und gestern erwißte die Polizei ihr Schicksal, zum Schrecken ihres völlig ahnungslosen Mannes. Frau W. wurde verhaftet und alsbald dem Noabitier Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Schöneberg. Die letzte Stadtverordneten-Versammlung hatte ihre Tagesordnung in kaum zehn Minuten erledigt. Es dürfte dies wohl die kürzeste Sitzung gewesen sein, die bisher stattgefunden hat. Wiederum wurden aber einige Submissionsfachen in geheimer Beratung behandelt. Zunächst bewilligte man durch eine Ueberschreibung des Bau-Guts für die Pflasterung und Ausbesserung verschiedener Straßen die Summe von 5000 M., nachdem in demselben Zweck bereits 10.000 M. verauslagt worden sind. Trotzdem befinden sich noch immer Kenntnis eine Anzahl verletzener Straßen, man denke nur an die Sedan- und an die Logauerstraße, in einem recht reparaturbedürftigen Zustande. Hier konnte durch Bewilligung von Mitteln der herrschenden Arbeitslosigkeit wenigstens in etwas gesteuert werden. - In unbesoldeten Stadträten an Stelle der aus dem Magistratskollegium ausgeschiedenen Herrn Rudloff und Jaffe wurden dann noch gewählt die Herren Bankier Gierberg und Stadtverordneter Nordhausen.

In Mariensfelde soll jetzt die Pflasterung der Großbeerenstraße und die Befestigung der Chaußeeabenden vorgenommen werden. Zu den Kosten von 27.000 M. kommt der Kreis 9000 M. bei. Ebenfalls soll sich der Ort an die Charlottenburger Wasserwerke anschließen.

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 6. November 1901. Zeitweise auffarend bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas milderer Frost und langsam steigender Tagesmaximum; keine wesentlichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Reichstags-
August Reinke
 Brunnenstr. 52
 am 4. d. M. verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Elisabeth-Kirchhofes, Pringelallee, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 248/17 **Der Vorstand.**

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.
 Verwaltung Berlin D.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß am Sonnabend, den 2. November, unser Mitglied
August Schönfeld
 pflögl. gestorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 6. November, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle des Reinen Johanns-Friedhofs in Ploegensee statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Verband der Graveure und Ciseleure Deutschlands
 (Hilfsk. Berlin.)
Todes-Anzeige.
 Am Sonntag, den 2. November, verstarb nach langem, schwerem Leiden unser Mitglied, der Graveur
Hermann Radünz.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, auf dem Emmanuels-Kirchhof, Rixdorf, statt.
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht
 74/10 **Die Ortsleitung.**

Röpenick.
 Nachstehend die ergebene Mitteilung, daß ich jetzt meinen Saal eröffnen habe. Ich empfehle denselben Vereinen und zu privaten Festlichkeiten.
Hermann Goerick,
 Bahnhofsstraße 44.

Danksagung.
 Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die rege Beteiligung bei der Beerdigung meiner lieben Frau, unserer guten Mutter den herzlichsten Dank.
Cito Kreil nebst Kindern.
 Für die liebevolle Teilnahme und Kranzspenden bei der Beerdigung unseres lieben Bruders, des Arbeiters
Gustav Doerck
 sagen wir dem Verein der selbstständigen Arbeiter der Markthallen unseren herzlichsten Dank.
 17268
Geschwister Doerck.

Achtung! Parteigenossen! Achtung!
Volksgesammlungen
 zwecks Verkündung
des Wahlergebnisses der Stadtverordneten-Wahlen
 finden
heute, Mittwoch, den 6. November, abends 8 1/2 Uhr,
 in folgenden Lokalen statt:
 2. Kreis: **Sodt-Bräuerei, Tempelhofer Berg.**
 4. Kreis: **SO. bei Graumann, Raunhustraße 27.**
 6. Kreis: **Schönhauser-Vorstadt: Puhlmanns Vaudeville-Theater, Schönhauser-Allee 148.**
 6. Kreis: **Rosenthaler-Vorstadt: Zwinemünder Gesellschaftshaus, Zwinemünderstraße 42.**
 6. Kreis: **Gesundbrunnen: Weimanns Volksgarten, Badstraße 56 und Dietrich, Brunnenstraße 34.**
 6. Kreis: **Moabit: Ahrends Bräuerei, Turmstraße 25/26.**
 Regen Besuch erwarten 209/19 **Die Vertrauensleute.**

Achtung! Buchbinder etc. Achtung!
Central-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder etc.
 (G. G. 33.) Verwaltungsstelle Berlin.
 Sonntag, den 10. November, in sämtlichen Räumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer Nr. 15:
Feier des 25. Stiftungs-Festes.
Konzert: Kundgebung von Mitgliedern des Berliner Sinfonie-Orchesters. Dirigent: M. Fischer.
Gesang: Buchbinder-Männer-Chor. (Lokal d. K. S. S.) Dirigent: O. Rumpel.
Festrede.

Berliner Uk-Trio. * Tanz
 in zwei Sälen. Im kleinen Saale von 5 Uhr ab. Tanzauswahl: H. Heinrich. Herren, die am Tanz teilnehmen, zahlen 40 Pf. nach.
 Eröffnung 4 Uhr. Anfang präzise 5 Uhr. Einlasskarten im voraus 25 Pf., an der Kasse 30 Pf., sind im Bureau, Engel-Ufer 15, in sämtlichen Zahlstellen sowie bei den bekannten Kollegen zu haben. 26/15
 Der Heberichung ist für ausgezeichnete Mitglieder obiger Kasse bestimmt.
 Zahlreichen Besuch der Kollegen und Kolleginnen erwartet des guten Zweckes halber **Das Komitee.**

Danksagung.
 Allen Freunden, Bekannten und Kollegen sowie dem Metallarbeiter-Verband für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, **Pant Klingelhöfer**, sage ich hiermit meinen herzlichsten Dank.
 17126 **Wwe. Auguste Klingelhöfer.**

Herren-Vortrag
Carl Bruckhoff, Friedländerstr. 10, über: „Sogenannte unheilbare Rückenleiden“. Mittwoch, den 6. November, abends 1/9 Uhr, im „Krischenhof“, Köpenickerstr. 138.
 Nur für Herren! (17156) Eintritt frei!

Achtung, Gewerkschaften!
Allgemeine Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen zu Berlin.
 Diejenigen Gewerkschaften, welche die Delegiertenlisten noch nicht eingereicht haben, werden ersucht, dieselben bis spätestens den 10. November an **Oskar Weigand**, Vangestraße 66, zu senden.
 17106 **Die Dreizehner-Kommission.**

5. Wahlkreis.
 Mittwoch, den 6. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12:
Öffentliche Versammlung
 Tages-Ordnung: Verkündung des Wahlergebnisses. 217/6
 Zahlreichen Besuch erwartet **Das Wahlkomitee.**

Achtung! Achtung!
Donnerstag, den 7. November 1901, abends 8 1/2 Uhr:
Grosse öffentliche Volks-Versammlung
 im großen Saal von Peter, Alt-Moabit Nr. 80.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag: **Brauchen wir den Alkohol?**
 Referent:
Genosse Dr. Rud. Wlassak-Wien.
 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 17116
 Um zahlreichen Besuch bittet **Der Einberufer.**

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.
 Donnerstag, den 7. November cr., abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Konferenz der Klempner
 im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
 Tages-Ordnung:
 1. Berichtserstattung über die Verhandlung mit der Innung in Betreff des Bauarbeiterschutzes und unsere weitere Stellung dazu. 2. Verhandlungsangelegenheiten. 121/16
 Die Vertrauensleute der Bauwerkstätten werden zu dieser Konferenz besonders eingeladen.
 Die Broschüre über den Bauarbeiterschutz gelangt zur Ausgabe.
 Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.**

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!
 Auf dem Neubau des Unternehmers **Metwaldt**, Köpenickerstr. 11 (Kolonnenführer **Fritz Schell**), sowie auf dem Neubau des Unternehmers **Schmidt**, Charlottenburg, Rantstraße 78 (Kolonnenführer **Fritz Schulz**) werden die Steinträgerarbeiten 25 Pf. unter dem tarifmäßigen Lohn ausgeführt. 46/2°
 Wir ersuchen die Kollegen, diese Bauten zu meiden und den Zutritt fernzuhalten.
Die Lokalkommission. J. K.: Karl Heidemann.

A. Jandorf & Co.

Spittelmarkt 16-17 Ecke Leipzigerstrasse. Belle-Alliancestrasse 1-2 Am Blücherplatz. Gr. Frankfurterstrasse 113 Ecke Andreasstrasse.

Vorteilhaftes Angebot.

| | | | | | |
|--|-------|----------------------|---|-------|----------------------------|
| Hemdentuch | Meter | 18, 25, 30, 40 Pf. | Inlett glatt oder gestreift, ca. 84 cm breit | Meter | 50, 75, 90 Pf. |
| Louisianatuch gute Qualität | Meter | 30, 35, 45, 50 Pf. | Inlett glatt oder gestreift, ca. 130 cm breit | Meter | 80 Pf. 1,00, 1,25, 1,50 M. |
| Renforcé für Leib- und Bettwäsche | Meter | 38, 42, 60 Pf. | Laken-Dowlas | Meter | 75, 85 Pf. 1,00 M. |
| Dimiti für Negligé-Zwocke | Meter | 38, 50, 60 Pf. | Hemden-Barchend | Meter | 30, 38, 48 Pf. |
| Damast für Bettbezüge, ca. 84 cm breit | Meter | 60, 75, 90 Pf. | Züchen in grosser Musterauswahl | Meter | 35, 42, 48, 55 Pf. |
| Damast für Bettbezüge, ca. 130 cm breit | Meter | 90 Pf. 1,10, 1,35 M. | Piqué-Barchend hübsche Muster | Meter | 38, 45, 60 Pf. |
| Bettdecken rot, weiss, grün, bunt | St. | 1,75, 2,15, 3,25 M. | Rock-Barchend in grosser Auswahl | Meter | 45, 55, 65, 75 Pf. |
| Barchend-Betttücher weiss und bunt | St. | 1,25, 1,75, 2,00 M. | Flanelle in violeten Farben | Meter | 70 Pf. 1,00, 1,35 M. |

Handtuchstoff Meter 23, 28, 42 Pf.

Unsere Photographischen Ateliers sind täglich von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends geöffnet.
 1 Dtz. Visit, 1 Person . . . 1,80 M. 1 Dtz. Cabinet, 1 Person 4,80 M. 1 Dtz. Postkarten, 1 Person 1,20 M.